



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

9. Sitzung vom 28. Juni 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.31 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Andrea Alt, Jürg Blaser, Ralph Büchelin, Sirin Hauri, Urs Hauri, Bettina Wölnerhanssen, Daniel Zimmermann

Konrad Widmer (ab 21.50 Uhr)

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst als erstes und ganz speziell die anwesenden Gäste. Er freut sich, dass heute Abend wieder eine kleine Gruppe von Gästen empfangen werden darf. Zudem heisst er zwei Schüler und eine Schülerin der Musikschule Binningen-Bottmingen willkommen, die Co-Leitung der Musikschule und die Lehrerin des einen Schülers, den Vertreter der Medien, die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient und im besonderen Claudia Guyaz, die die Mutterschaftsvertretung von Linda Gerstner ab August wahrnehmen wird. Des Weiteren begrüsst er den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats und last but not least alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte.

Der Bundesrat hat die Corona-Regeln mit Datum von Samstag stark gelockert, aber sie sind noch nicht ausser Kraft. Daher möchte der Votant die Regeln in Erinnerung rufen. Die Anwesenden befinden sich in einem geschlossenen Raum. Gemäss Schutzkonzept der Gemeinde Binningen für den Kronenmattsaal gilt in diesem Saal nach wie vor Maskenpflicht. Er bittet alle, die die Maske noch nicht tragen und älter als 12 Jahre alt sind, solange sie kein Instrument spielen, die Masken zu tragen. Zudem gilt nach wie vor die Abstandspflicht. Das sind die wichtigsten Punkte. Es gibt immer noch Tischmikrofone. Die Ratsmitglieder ohne eigenes Mikrofon werden gebeten, das Rednerpult zu nutzen, bis die bestellten zusätzlichen Mikrofone eingetroffen sind.

Entschuldigt sind Jürg Blaser, SVP, Daniel Zimmermann, FDP, Andrea Alt, CVP, Ralph Büchelin, SP, Sirin Hauri, Urs Hauri und Bettina Wölnerhanssen, alle Grüne. Somit sind 33 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 17.

Mitteilungen des Präsidenten

Die Corona-Regeln gelten zwar noch, aber der Präsident freut sich, dass die beiden Wahlgeschäfte für das Präsidium und das Vize-Präsidium des Einwohnerrats wieder musikalisch umrahmt werden können. Während der Auszählung der Stimmzettel wird es musikalische Darbietungen geben, für welche er sich bereits jetzt bedankt.

Zum Thema Digitalisierung: In der Büro-Sitzung von letztem Freitag hat das Büro beschlossen, dass der geplante Schritt an die Hand genommen werden soll. Das heisst, die budgetierte Beschaffung von iPads für die Mitglieder des Einwohnerrats wurde im Grundsatz freigegeben. Die Verwaltung wird dies angehen und die notwendige Anzahl Geräte beschaffen. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte erhalten morgen ein Schreiben der Gemeindeverwaltung, in welchem sie angeben können, ob sie effektiv ein neues Gerät benötigt oder ein eigenes iPad, Laptop oder Computer besitzen, mit welchem sie auf die Cloud-Lösung zugreifen können. Dort, wo ein Bedarf angemeldet wird, wird man ein Gerät zur Verfügung stellen.

Damit verbunden ist der Grundsatzbeschluss des Büros, den ganzen Papierberg abzuschaffen und den Einwohnerrat in Zukunft auf digitale Daten umzustellen. Die Gemeindeverwaltung wird in diesem Zusammenhang eine Daten-Cloud für den Einwohnerrat einrichten mit spezifischen Berechtigungen, um z.B. gewisse Bereiche nur für die jeweiligen Kommissionen zugänglich zu machen. Auf dieser Daten-Cloud werden alle Unterlagen verfügbar sein und sie ersetzt dann den Papierversand. Dass man den Papierversand ablösen kann, bedingt allerdings eine Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Der heutige § 19 ist so formuliert, dass man die Zustellung der Unterlagen nicht einfach als elektronischen Versand interpretieren kann. Die Verwaltung wird im Auftrag des Büros eine entsprechende Neuformulierung entwerfen, welche dann an einer der nächsten Sitzungen behandelt werden kann. Schliesslich wird die Verwaltung auch ein ausführliches Vademecum erstellen, also eine Wegleitung. Wie geht man mit den Geräten um? Welche Regeln gelten für die von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Geräte? Wie orientiert man sich in der Cloud in diesen Daten? Dies ist in Erarbeitung. Die Umsetzung erfolgt sicher in der zweiten Jahreshälfte 2021.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 67, Anfrage P. Frauchiger, FDP zur Medienmitteilung vom 15. Juni 2021 i.S. Jahresrechnung 2020, ohne Ausblick

Nr. 69, Anfrage B. Büschlen, Grüne: Schloss Binningen

Nr. 70, Interpellation B. Fankhauser, SVP: Pächterwechsel und neues Konzept Restaurant Schloss Binningen

Nr. 71, Dringliche interfraktionelle Motion: Neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen

Die Antworten auf die eingegangenen Anfragen liegen schriftlich vor und müssen daher am Ende der Sitzung nicht mehr zusätzlich vorgelesen werden. Die Motion Nr. 71 wurde mit Dringlichkeit eingereicht. Der Präsident fragt die Motionäre an, ob sie die Dringlichkeit begründen möchten.

Beatrice Büscheln, Grüne möchte zuerst etwas zur Wahl des politischen Instruments sagen. Weil in § 22 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats (GeschO ER) weder ein dringliches Postulat noch ein dringliches Handlungspostulat zur Auswahl stehen und die Aufzählung abschliessend ist, ist die dringliche Motion zurzeit die einzige Möglichkeit zum Ziel zu kommen. Im Übrigen sieht § 23 GeschO ER bei einer Motion auch eine Änderung, Anpassung oder Ergänzung eines Leistungsauftrags vor. Zur Dringlichkeit: Die enge Zeitkalkulation für die Plakatierung bei der Juni-Abstimmung führte dazu, dass die von der Gemeinde bereit gestellten Ständer mehr Leerräume als meinungsbildende Informationen enthalten haben. Ein für den demokratischen Prozess im öffentlichen Raum unhaltbarer Zustand. Dringlich ist das Geschäft auch, weil die Parteien für die nächste Abstimmung im September bereits schon wieder die Aufforderung für die Buchung und das Lieferdatum der Plakate erhalten haben. Die Abstimmungsplakate für den September müssen also mitten in der politikfreien Zeit und bereits in 4 Wochen organisiert sein. Das ist für die meisten Parteien und Komitees fast nicht machbar. Dringlich auch, weil mit dem verwaltungstechnischen und politischen Prozess sogar die Novemberabstimmung in Frage gestellt ist. Die Bedeutung des demokratischen Meinungsbildungsprozesses ist allen Parteien klar und gehört zur direkten Demokratie. Damit alle Stimmberechtigten daran teilhaben können, ist der Präsenz im öffentlichen Raum eine hohe Priorität zu geben. Leere Ständer sind dabei nicht hilfreich. Die Motionäre bitten die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, der Dringlichkeit zuzustimmen.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

Da die Motion einstimmig für dringlich erklärt wurde, wird sie am Schluss der heutigen Sitzung vor dem Diversa behandelt.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der interfraktionellen Motion: «Neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen» wird beschlossen.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 31.05.2021	
2. Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2021 - 30.06.2022	62
3. Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2021 - 30.06.2022	63
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.03.2021 Jahresbericht 2020 und Leistungsberichte 2020 Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2020	49 49A
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.06.2021 Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2021 Geschäftskreisführung: Rahel Bänziger	65
6. Bericht / Antrag der Spezialkommission Kabelnetzreglement vom 09.06.2021 Totalrevision GGA-Reglement, neu Kabelnetzreglement (Spezko-Bericht)	204/XII
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Energieplanung Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	64
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.06.2021 Rückständebericht 2021 Geschäftskreisführung: Mike Keller	66
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Postulat S. Abt, SP: Ein Sitzbankkonzept für Binningen! Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	194/XII
10. Bericht des Gemeinderats vom 01.06.2021 Interpellation B. Fankhauser, SVP: Der Zolli will endlich das Baselbiet erobern: Binninger Jugendhaus muss weichen Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	41
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.06.2021 Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Begrünung Hauptstrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	46
12. R. Oberli, SVP: Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates	60
13. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 31.05.2021

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 62

Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2021 - 30.06.2022

Daniel Setz, FDP ist es eine Ehre und die FDP ist sehr glücklich und stolz, dass er dem Rat heute Sven Inäbnit als Kandidaten für das Präsidium des Einwohnerrats vorstellen darf. Sven Inäbnit ist promovierter Pharmazeut und hat seine Ausbildung mit einem MBA an der HSG in St. Gallen ergänzt. Seit vielen Jahren ist er in leitender Position in der Industrie. Seit 2013 ist Sven Inäbnit im Landrat für die FDP tätig und ist bestens vernetzt in der kantonalen Politik und Verwaltung. Die Fraktion ist sich sicher, dass diese Vernetzung auch für Binningen genutzt werden kann. Seit 2009 ist Sven Inäbnit im Einwohnerrat und hat in verschiedenen Kommissionen mitgearbeitet. Er kennt die Abläufe und Prozesse des Ratsbetriebs sehr gut. Die FDP ist überzeugt, dass er die formalen Abläufe effizient gestalten und so Zeit und Raum für Diskussionen lassen kann. Sven Inäbnit ist ein lösungsorientierter Sachpolitiker mit einem echten liberalen Herz. Die Partei ist sich sicher, dass er als Präsident ein Garant für einen geordneten Ratsbetrieb ist und das Amt neutral ausüben wird.

Der Votant durfte Sven Inäbnit als sehr kollegialen, umsichtigen und vorausdenkenden Kollegen kennenlernen. Er versucht immer, die Sache konstruktiv zu beurteilen und hält dank seiner langjährigen Erfahrung in der Politik gute Lösungen bereit. Der Redner ist sich sicher, dass Sven Inäbnit das Amt des Einwohnerratspräsidenten dank seiner Fähigkeit, ergebnisorientiert zu diskutieren und auf andere Parteien zuzugehen, sehr gut ausfüllen kann. Sein Einsatz für die Partei und die Gemeinde ist seit vielen Jahren vorbildlich und zeigt, wie wichtig ihm die Gemeinde und ihre Anliegen sind. Der Votant erlaubt sich zu behaupten, dass Sven Inäbnit ohne Politik gar nicht mehr leben könnte. Er ist Vollblut-Milizpolitiker. Kurzum: Sven Inäbnit ist politisch und führungsmässig bestens gerüstet, den Rat zu führen. Die FDP-Fraktion empfiehlt den Anwesenden die Wahl von Sven Inäbnit zum neuen Präsidenten des Einwohnerrats sehr.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP freut sich auf das erste musikalische Intermezzo. Am Klavier spielt Jonathan Ng aus der Klasse von Irina Georgieva von Joseph Haydn aus der Sonate in F-Dur den zweiten Satz Larghetto und den dritten Satz Allegro.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 33

Eingegangene Wahlzettel: 33

Leer: 1

Ungültig: -

Diverse Stimmen: -

Gewählt ist mit 32 Stimmen: Sven Inäbnit

://: Sven Inäbnit, FDP, ist als Präsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2021-30.6.2022 gewählt.

Präsident Stephan Appenzeller, SP gratuliert Sven Inäbnit ganz herzlich zur Wahl und zu diesem sehr guten Ergebnis. [Applaus]

Traktandum 3

Nr. 63

Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2021 - 30.06.2022

Thomas Schwarb, Grüne empfiehlt dem Rat Beatrice Büschlen zur Wahl als Vizepräsidentin des Einwohnerrats. Beatrice Büschlen ist Co-Präsidentin der Grünen Binningen und Fraktionspräsidentin der Grünen/EVP im Einwohnerrat. Seit 2010 ist sie Mitglied des Parlaments, war von 2012-2020 Mitglied der BPK und bereits in einer Vielzahl von Spezialkommissionen aktiv, wie «Werterhaltung Schloss», «Abrechnung Schlosspark», «Schulraumplanung», «Grüngutentsorgung» und «Teilrevision Abfallreglement». Von 2015 – 2016 hatte sie das Präsidium der Spezialkommission «Entschädigung von Entlastungsleistungen an die Pflege und Betreuung zuhause» inne. Mit ganz besonderem Elan und Erfolg hatte sie von 2016-2020 das Wahlbüro präsidiert.

Zurzeit ist sie Sekundarschulrätin, Vizepräsidentin der GRPK und der Spezko Immobilien-Strategie. Als kantonale Bildungsrätin kennt sie auch die kantonalen politischen Abläufe. Beatrice Büschlen kennt also den Binninger Ratsbetrieb und das Kommissionswesen bestens und ist mit der Gemeinde- und Kantonsverwaltung vertraut. Sie verfügt über die nötigen Sachkenntnisse und Kompetenzen. Die Anwesenden kennen Beatrice Büschlen als engagierte Frau, die sich einsetzt, die Sache genau nimmt, hinterfragt, alle einbezieht und so sicher den Rat gut mitleiten könnte. Der Redner empfiehlt den Ratsmitgliedern daher Beatrice Büschlen zur Wahl als Vizepräsidentin des Einwohnerrats.

Präsident Stephan Appenzeller, SP darf den Anwesenden für das zweite musikalische Intermezzo das Trio Vivo präsentieren. Zum Trio gehören an der Querflöte Nerea Petretta aus der Klasse von Katarzyna Bury. Sie ist die Tochter eines Einwohnerratsmitglieds, nämlich von Claudia Fünfschilling. Am Cello spielt Matthias Lerchner aus der Klasse von Marcis Kuplais und am Klavier nochmals Jonathan Ng aus der Klasse von Irina Georgieva. Das Trio spielt zuerst von Camille Saint Saens das Trio Nr. 1 in F-Dur, das Allegro vivace und anschliessend von Alec Rowley aus dem Trio über irische Volkslieder den 4. Satz Allegro.

[Auftritte Musikschrüler/innen]

Der Präsident dankt den drei MusikerInnen recht herzlich für diese tollen Auftritte und der Musikschulleitung und den Lehrkräften, dass der Rat heute Abend diese Auftritte geniessen durfte. *[Applaus]*

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 33

Eingegangene Wahlzettel: 33

Leer: 2

Ungültig: -

Diverse Stimmen: 1

Gewählt ist mit 30 Stimmen: Beatrice Büschlen

://: Beatrice Büschlen, Grüne, ist als Vizepräsidentin des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2021-30.6.2022 gewählt.

Der Präsident gratuliert Beatrice Büschlen ganz herzlich zur Wahl und zum guten Ergebnis. Er ist überzeugt, dass sie und Sven Inäbnit diese Aufgabe gemeinsam gut meistern werden. *[Applaus]*

Traktandum 4

Nr. 49 und 49A

Jahresbericht 2020 und Leistungsberichte 2020

Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2020

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP informiert, Christoph Maier als Präsident der GRPK habe ihn gebeten, die Behandlung zweizuteilen. In einem ersten Teil soll die Rechnung beraten werden – dies entspricht den Kapiteln 1-6 des GRPK-Berichts – und anschliessend in einem zweiten Teil die Geschäftsprüfung. Dies scheint dem Votanten sinnvoll. Er bittet die Fraktionssprechenden, in der ersten Runde v.a. die Rechnung zu kommentieren und die Voten für die Geschäftsprüfung für den zweiten Teil aufzusparen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP darf heute den Bericht der GRPK vorstellen. Wie bereits erwähnt, gliedert sich der Bericht der GRPK in zwei Teile entsprechend ihrem Namen als Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in umgekehrter Reihenfolge zuerst zur Rechnung und dann zur Geschäftsprüfung. Die Rechnung der Gemeinde Binningen wurde von der GRPK geprüft. Die eigentliche buchhalterische Prüfung, die Rechnungslegung, wurde durch die PWC geprüft. Sie kommt in ihrem Prüfungsurteil zu folgendem Schluss: «Nach unserer Beurteilung entspricht die Gemeinderechnung für das am 31. Dezember 2020 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Vorschriften und der Gemeindeordnung der Gemeinde Binningen sowie allgemein anerkannten kaufmännischen Grundsätzen.». Das ist das Prüfungsurteil der Rechnungsprüfung durch die PWC, welches die GRPK in einem Bericht der PWC erhalten hat. Die Kommission gibt dieses so an den Einwohnerrat weiter. Im Übrigen haben die Anwesenden gesehen, wie die GRPK die Rechnung im Allgemeinen beurteilt. Mit Ausnahme einer kleineren Feststellung kam sie zum Schluss, dass diese Rechnung ohne weitere Anmerkungen zur Genehmigung empfohlen werden kann.

Das Einzige, das zu einem grösseren Kommentar Anlass gibt, ist die Ergebnisverwendung. Im Gegensatz zum Gemeinderat empfiehlt die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission nicht das gesamte Ergebnis der Rechnung mit dem Bilanzüberschuss zu verrechnen, sondern 3,5 Mio. Franken der finanzpolitischen Reserve zuzuweisen und den verbleibenden Rest von rund 0,26 Mio. Franken dem Bilanzüberschuss anzurechnen. Der Grund für diesen unterschiedlichen Antrag ist im Bericht ausführlich dargelegt. Der Votant muss ihn an dieser Stelle daher nicht wiederholen. Er würde beantragen, dass sich der Rat bei der Beratung zuerst auf die Rechnung konzentriert und anschliessend in einem zweiten Teil auf den Geschäftsprüfungsteil des Berichts eingeht. Entsprechend würde die GRPK beantragen, die Anträge des Gemeinderats wie gestellt zu unterstützen mit Ausnahme des Antrags 5, bei welchem ein Antrag 5.1 und 5.2 neu vorgeschlagen werden. Die Anwesenden können dies den verteilten Unterlagen entnehmen. Der entsprechende Antrag ist fett markiert.

Hubert Steffen, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der SVP für den vorliegenden Jahresbericht, welcher mit einem Überschuss von 3,76 Mio. Franken abschliesst. Von allen Seiten wird von einem erfreulichen Ergebnis gesprochen. Wenn man den Jahresbericht aber näher betrachtet, ist es aus Sicht seiner Fraktion nicht so glänzend wie dargestellt. Bei den Steuereinnahmen ist erstmals feststellbar, dass die Vermögenssteuer im Vergleich zur Einkommenssteuer stärker gestiegen ist. Das bewegliche Vermögen kann durch einen Wohnsitzwechsel, Vererbung oder eine Schenkung sehr rasch in ein anderes Steuerdomizil transferiert werden. Für die zukünftigen Finanzen ist diese Entwicklung aus Sicht der SVP besorgniserregend. Corona-bedingt sind zahlreiche budgetierte Ausgaben nicht angefallen. Im Budget 2020 waren Investitionen von 12 Mio. Franken vorgesehen. Gemäss Rechnung 2020 wurde lediglich die Hälfte davon realisiert. Der Investitionsstau wird von Jahr zu Jahr grösser. Im Vergleich zur Rechnung 2019 steigen auch die Ausgaben stetig, z.B. der Personalaufwand um 8,2 %, Sach- und übriger Betriebsaufwand +12 %, Transferaufwand +5,1 %. Wie weit sich Corona auf die zukünftigen Finanzen auswirken wird, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht abschätzbar. Insbesondere werden die Sondereffekte der vergangenen Jahre sicher wegfallen. Indizien lassen jedoch erahnen, dass die Fiskaleinnahmen in den kommenden Jahren sinken werden. Daher ist es der SVP sehr wichtig, das Geld um- und weitsichtig in die Zukunft zu verwenden. Die Fraktion spricht sich klar gegen geplante Steuererhöhungen aus und wird grossmehrheitlich den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Thomas Hafner, CVP teilt mit, seine Fraktion bedanke sich zuerst beim Gemeinderat und der Verwaltung für den gut lesbaren Jahresbericht. Der Jahresbericht wurde in der optischen Lesbarkeit nochmals besser und verständlicher dargestellt. Auch dankt er der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und ihrem Präsidenten Christoph Maier für die vorberatende Arbeit und den gut leserlichen Bericht mit einem guten Aufbau. Der Inhalt ist auch für Nicht-GRPK-Mitglieder sehr informativ und interessant. Der Rechnungsabschluss ist erfreulich. Die Annahmen durften in Bezug auf die Corona-Pandemie keine guten Erwartungen voraussehen. Die Pandemie ist aber noch nicht überstanden und die CVP/glp ist auf den kommenden Abschluss für das Jahr 2021 gespannt. Gesunde Finanzen sind ganz wichtig für ein ausgeglichenes Zusammenleben wie auch für die sozialen Begehren und Wünsche aller Bewohner in der Gemeinde. Die Fraktion hofft, dass man zu den Finanzen Sorge tragen kann auch in Hinblick auf zukünftig angedachte Investitionen. Noch zu erwähnen ist auch ein Dank an die GRPK für die Informationen zu den Geschäftsprüfungsthemen auf den Seiten 5 und 6. Erfreulich, dass die Rechnung so gut abgeschlossen hat und der Finanzhaushalt in Binningen weiterhin kerngesund ist. Die Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK zur Ergebnisverwendung – sie findet es einen guten Vorschlag – und unterstützt ansonsten alle Anträge des Gemeinderats. Zu den Anträgen: Die CVP/glp folgt den Anträgen 1-7 der Rechnung und nimmt die Anträge 8 und 9 zur Kenntnis. Sie ist mit dem Rechnungsabschluss sehr zufrieden und dankt dem Gemeinderat. Beim Teil Geschäftsprüfung wird die Fraktion den Anträgen auf Seite 6 ebenfalls zustimmen.

Stephan Meyer, FDP bedankt sich im Namen seiner Fraktion beim Gemeinderat, der Verwaltung und der GRPK für die ausführlichen Berichte. Die Kernaufgabe der GRPK ist zu prüfen, ob sich das vom Einwohnerrat bewilligte Budget in der Rechnung spiegelt. Hat der Gemeinderat ausgegeben, was ihm der Einwohnerrat bewilligt hat? Ferner prüft sie, ob die Rechtsnormen generell richtig angewendet und die Beschlüsse des Parlaments ordnungsgemäss vollzogen wurden. Die GRPK hat dies in mehreren Sitzungen geprüft und für korrekt bestätigt. Vielen Dank für die Arbeit und den Bericht dazu. Die Anwesenden können froh und dankbar sein, dass in einem mit der Pandemie sehr schwierigen Jahr eine derart gute Rechnung vorliegt. Das ist nicht selbstverständlich. Es gibt Gemeinden, die negativ abschliessen. Binningen verdankt das positive Ergebnis mehrheitlich unerwartet guten Vermögenssteuererträgen, die mit dem entsprechend zusammengesetzten Steuersubstrat erzielt werden konnten. Wir können froh sein, solch gute Steuerzahler in Binningen zu haben. Trotzdem muss man sich Gedanken machen, wie die grossen anstehenden Investitionen finanziert werden können und wie man die Überlegungen dazu ins nächste Budget einfliessen lassen kann. Die FDP unterstützt die Anträge der GRPK zur Rechnung (auf Seite 4 im Bericht) mit der Zuweisung von 3,5 Mio. Franken zur finanzpolitischen Reserve.

Karin Glaser, Grüne erwähnt, die Grünen/EVP danken für den übersichtlichen Geschäfts- und Rechnungsbericht. Natürlich sieht es auch ihre Fraktion gerne, dass die Erfolgsrechnung positiv abschliesst. Es zeigt, dass die Gemeinde finanziell gut dasteht. Was aber auch dieses Jahr drängt, ist der Investitionsstau. Schon wieder, muss man sagen. Liegt dies möglicherweise an den knappen Personalressourcen in der Bauverwaltung? Die Fraktion macht sich etwas Sorgen, wenn bereits kleinere Investitionen nicht getätigt werden können. Wie wird es dann bei den anstehenden, wirklich grossen Investitionen aussehen? Die Grünen/EVP nehmen die Anträge der GRPK an resp. zur Kenntnis.

Karin Müller, SP äussert, die SP freue sich natürlich über den unerwartet guten Rechnungsabschluss. Aber auch sie macht sich nach wie vor Sorgen über den wachsenden Investitionsstau, obwohl der Gemeinderat die Verzögerungen diesmal in der Rechnung begründet hat. Die Fraktion unterstützt die Anträge, wie sie von der GRPK vorgeschlagen werden. Insbesondere auch Antrag 5, den Ertragsüberschuss zu splitten und 3,5 Mio. von den insgesamt 3,76 Mio. Franken der finanzpolitischen Reserve zuzuweisen, anstatt alles mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals zu verrechnen. Es macht für die SP Sinn, Geld für anstehende Investitionsprojekte dort zu «parkieren», aber zum jetzigen Zeitpunkt von konkreten Vorfinanzierungen abzusehen, weil man noch nicht sagen kann, bei welchem Projekt das Geld wirklich benötigt wird.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich herzlich für die Voten und die mehrheitlich positive Aufnahme. Das unerwartet positive Ergebnis ist in der Tat sehr erfreulich und wie erwähnt unerwartet, insbesondere in einem Pandemie-Jahr. Wie Stephan Meyer bereits erwähnt hat, ist das positive Ergebnis den zusätzlichen Steuereinnahmen aus Vermögenssteuern und der Zusammensetzung des Steuersubstrats zu verdanken. Damit dies auch so bleibt, muss dem Sorge getragen und sichergestellt werden, dass Binningen für seine Einwohnerinnen und Einwohner weiterhin in jeder Beziehung eine attraktive Gemeinde bleibt. Das heisst insbesondere auch jetzt, wenn die Kennzahlen zwar ein aktuell gutes Bild zeigen, sie sind nur eine kurzfristige Momentaufnahme. Es darf die Anwesenden nicht dazu verleiten, zu euphorisch zu werden. Man muss sich immer bewusst sein, die zusätzlichen Einnahmen sind mehrheitlich den positiven Entwicklungen an den Kapitalmärkten zu verdanken. Diese Situation kann sich jederzeit ändern. Gleichzeitig steht Binningen auch sonst vor sehr grossen finanziellen Herausforderungen. Der Investitionsplan enthält Investitionen in einem noch nie zuvor dagewesenen Ausmass. Zudem bewegt man sich in einem Umfeld mit steigenden Kosten, die es zu meistern gilt. Zudem kann noch nicht gesagt werden, ob, wie und wann Corona allenfalls auch Auswirkungen auf Binningen haben wird.

Das alles bedeutet, dass man mehr denn je sehr sorgfältig mit den Finanzen umgehen und die Ausgaben im Griff haben muss. Es ist daher ganz wichtig, die Investitionen sehr sorgfältig und im Bewusstsein eines soliden und nachhaltigen, langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts der Gemeinde zu planen und umzusetzen. Es geht uns in Binningen gut. Das soll so bleiben. Dies bedeutet auch sicherzustellen, dass künftigen Generationen nur das übergeben wird, was sie auch tragen können. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, welche Massnahmen oder Instrumente man ergreifen kann oder muss, damit die weitere Entwicklung Binnings ermöglicht und gleichzeitig ein langfristig ausgeglichener Finanzhaushalt sichergestellt werden kann. Den Vorschlag zur Ergebnisverwendung nimmt die Votantin gerne so auf. Der Gemeinderat hat in Hinblick auf das Finanzinstrument, welches er neue Defizitbeschränkung nennt, darauf verzichtet, die finanzpolitische Reserve oder ein anderes finanzpolitisches Instrument zu nutzen, da die Defizitbeschränkung, die sich in einwohnerrätlicher Vorberatung befindet, dies nicht vorsieht. Das war die Überlegung des Gemeinderats. Die andere, zusätzliche Überlegung war, dass man so die grösstmögliche Flexibilität hat.

Simone Abt, SP hat eine Rückfrage. Der Gemeinderat argumentiert nun damit, dass im vorgesehenen Finanzinstrument solche Zuweisungen nicht mehr vorgesehen sind. Das ist wohl wahr. Kann der Gemeinderat aber auch die Idee eines Zeitrahmens geben, in welchem das Instrument greifen wird? Es könnte ja durchaus sein, dass dies so lange dauert, dass es für die Zwischenzeit absolut Sinn macht, eine Zwischenlösung vorzusehen. Das wird mit dem Kommissionsantrag gemacht.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP kann die Frage, wie lange es dauern wird, nicht beantworten. Die Vorlage befindet sich beim Einwohnerrat in Beratung. Es liegt ihr fern, hier einen Zeitraum zu mutmassen und dem Parlament in seine Planung einzugreifen. Über die Verwendung des Ergebnisses wird der Rat entscheiden. Die Rednerin kann sich die Option mit der finanzpolitischen Reserve sehr gut vorstellen. Sie ist flexibler als eine Vorfinanzierung und daher sicherlich durchaus möglich.

Thomas Schwarb, Grüne sind beim Berichtstudium einige kleinere Sachen aufgefallen, die auch nicht alle beantwortet werden müssen. Der eine Punkt betrifft gewisse Zahlen. Wenn man ins Zahlenfenster des Kantons geht und sich Binningen anschaut, werden die Abschreibungen dort anders ausgewiesen als sie in den Jahresrechnungen der Gemeinde aufgeführt sind. Das lässt sich mit Sicherheit begründen, ist aber eine Unschönheit. Der Votant fände es schön, es gäbe in der Jahresrechnung eine Erklärung, damit man in Zukunft Brücken zu anderen offiziellen Zahlen machen kann. Das Zweite, auf das er hinweisen möchte, hat durchaus eine kleine politische Konsequenz. Auf Seite 120 steht: «Aufgrund vorhandener Vorfinanzierungen kann seit 2015 der Abschreibungsaufwand mit jährlich 49 127 Franken geglättet werden.». Dies ist sprachlich etwas irreführend. Es deutet darauf hin, als würde man versuchen, die Jahresrechnung zu manipulieren, um immer einen ähnlichen Betrag zu haben. In Wirklichkeit werden mit den Vorfinanzierungen die Abschreibungen wieder finanziert. Man zahlt den Abschreibungsaufwand. Nun hatte man offenbar einfach seit 2015 keinen anderen Abschreibungsaufwand. Jährlich würde heissen, man würde dort jährlich 49 127 Franken aufführen. Das stimmt natürlich nicht, wenn das Investitionsvolumen, welches man abschreiben muss, grösser wird. Auf Seite 24 befindet sich der andere politische Aspekt. Dort steht: «Zum heutigen Zeitpunkt ist die Gemeinde finanziell kerngesund.». Solche Schreibfehler oder irrtümliche Verdoppelungen sind immer ein Hinweis, dass daran «herumgeflickt» wurde. Der Redner hat den Verdacht, dass man hier das Wort «heutigen» eingefügt hat, um zu sagen, dass es in Zukunft vielleicht nicht mehr so sein wird. Das kann immer sein. Eine Jahresrechnung gibt aber zum betreffenden Jahr Auskunft und nicht zu etwas anderem. Daher ist es eigentlich sowieso überflüssig. Es insinuiert aber etwas, das durch den Schreibfehler verstärkt wird.

Der Präsident bittet den Votanten zum Schluss zu kommen, da seine Redezeit von 2 Minuten bereits überschritten ist.

Thomas Schwarb, Grüne möchte noch auf einen Punkt hinweisen. In vielen Grafiken gibt es Linien. Linien zeigen Zusammenhänge an. Das ist an sich problematisch, da man sie nicht immer verwenden darf. Aber mit Budget und Rechnung gemischt sollte man es definitiv nicht machen. Es handelt sich immer um die letzten zwei Säulen. Er würde vorschlagen, die Budgetsäule ganz zum Schluss aufzuführen und die Linien nicht bis dorthin zu führen. Dann wäre es halbwegs erträglich.

Daniel Setz, FDP dankt dem Gemeinderat für den Jahresbericht. Es ist eine Freude, dass die Gemeinde die Rechnung trotz eines Corona-bedingten Jahres mit Gewinn abschliessen konnte. Gratulation. Nun aber doch einige mahnende Worte – seine Kollegen der SVP haben es bereits zu einem gewissen Teil aufgenommen: Wenn man sich die Zahlen der Jahresrechnung genauer anschaut, fallen einige Sachen auf. Die Steuereinnahmen, neutralisiert durch die speziellen Effekte der letzten Jahre, sind im Trend stabil oder sogar leicht rückläufig. Die Ausgaben, neutralisiert durch die speziellen Effekte, sind im Trend steigend. Grosse Investitionen, die die Anwesenden bereits am Diskutieren sind, wurden noch nicht getätigt und hatten dadurch noch keinen Effekt auf die Kosten. Die Jahresrechnung wird nur gegen das Budget verglichen, nicht jedoch gegen das vorherige Jahr. Dann wären die Zahlen nämlich nicht so positiv. Einnahmen stagnierend und Ausgaben steigend ist kein gutes Zeichen für eine ausgeglichene Rechnung in der Zukunft und dies ohne mit den grossen Investitionen angefangen zu haben. Obwohl der Leidensdruck noch nicht so offensichtlich ist, ist zu empfehlen, dass dem Rat im Budget 2022 Lösungen vom Gemeinderat zu diesen Themen vorgelegt werden.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP nimmt die mahnenden Worte von Daniel Setz so auf. Die Frage von Thomas Schwarb wird sie gerne, soweit ihr dies möglich ist, beantworten. Die Rednerin ist beein-

druckt, welche Zeit er sich genommen hat, die Rechnung ganz genau und minutiös zu prüfen. Dass die Abschreibungen beim Kanton im Zahlenfenster etwas anders dargestellt werden, ist natürlich eine spannende Aussage, die sie sehr gerne prüft. Zum angesprochenen Punkt der Vorfinanzierungen auf Seite 120: Hier geht es um die jährlichen 49 127 Franken. Es kommt jeweils ein dreissigstel der vorhandenen Vorfinanzierungen zum Tragen. Daher ist dies absolut korrekt. Die anderen Punkte nimmt sie gerne auf zur Prüfung. Die zuständige Gemeinderätin dankt ihrem Vorredner nochmals dafür, dass er die Rechnung so vertieft angeschaut hat. Das ist beeindruckend.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 02)

Antrag 2 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

Antrag 3 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

Antrag 4 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand / Nettoertrag von insgesamt 48 797 663 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 182 638
- Steuern	CHF	1 008 482
- Gesundheit	CHF	9 786 995
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 912 545
- Bildung	CHF	19 362 769
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 175 673
- Soziale Dienste	CHF	7 750 687
- Verkehr, Strassen	CHF	2 899 669
- Versorgung, Umwelt	CHF	892 770
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	-174 565
3. Die Positionen ausserhalb der Globalrechnung mit einem Nettoertrag von insgesamt 52 558 531 Franken werden genehmigt.
4. Die Erfolgsrechnung 2020 mit Aufwendungen von 89 620 075 Franken, Erträgen von 93 380 943 Franken und einem Ertragsüberschuss von 3 760 868 Franken (gerundet) wird genehmigt.

Zu Antrag 5 liegt dem Präsidenten ein Änderungsantrag der SVP vor.

Barbara Fankhauser, SVP betont, dass es sich um ihren persönlichen Antrag handelt. Die SVP denkt grossmehrheitlich anders. Der Votantin geht es darum, dass vom Ergebnisüberschuss 3,7 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve überwiesen wird und die restlichen gut 60 000 Franken in Bilanzüberschuss verbleiben. Es soll einfach ein grösserer Anteil der finanzpolitischen Reserve zugewiesen werden.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP liest den Antrag gerne vor. Die GRPK beantragt von den gerundeten 3,76 Mio. Franken, 3,5 Mio. Franken mit der finanzpolitischen Reserve zu verrechnen. Der Antrag von Barbara Fankhauser lautet, 3,7 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve zu überwei-

sen – also 200 000 Franken mehr. Entsprechend beantragt sie, nur 60 868 Franken mit dem Eigenkapital zu verrechnen, im Gegensatz zu 260 868 Franken im Antrag der GRPK. Sie möchte also effektiv 200 000 Franken mehr in die finanzpolitische Reserve tun.

Marc Schinzel, FDP würde vom GRPK-Präsidenten gerne hören, was es zu diesem Antrag zu sagen gibt. Er möchte substanzuell wissen, worüber er abstimmt. Macht es überhaupt nichts aus? Ist es eine Sache technischer Art? Oder was kann man dazu sagen?

GRPK-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP versucht gerne, aus seiner eigenen, persönlichen Warte zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Er kann selbstverständlich nicht für die Kommission sprechen. Die GRPK hat sich entschieden, dem Rat den Antrag in der vorliegenden Art, wie er hier gestellt wurde, zu unterbreiten. Der Grund dafür ist im Wesentlichen damit gegeben, dass die Ergebnisse der Gemeinde Binningen beim Kanton konsolidiert dargestellt werden. Damit in der Darstellung ein positives Resultat erscheint, bei dem man Million dahinter schreiben kann, macht es sich natürlich etwas anders, wenn man 0,26 Mio. Franken schreiben kann, anstatt 0,06 Mio. Franken. Schlussendlich ist, wieviel man mit dem Bilanzüberschuss verrechnet und ob es 200 000 Franken mehr oder weniger sind, in der globalen Betrachtung wohl eher kosmetischer und nicht wirklich substanzueller Art. Die GRPK kam zur Ansicht, dass der grösste Teil des Ergebnisses der finanzpolitischen Reserve zugeordnet werden soll. Gleichzeitig hat sie ein wenig darauf geachtet, wie es als Ergebnis der Gemeinde daher kommt und dann auch für die Geschichte registriert wird, nämlich als positives Ergebnis.

ABSTIMMUNG

Damit kommt es zu einer Eventualabstimmung zwischen dem in den Unterlagen vorliegenden Antrag 5 der GRPK: «Der Ertragsüberschuss 2020 von 3 760 868 Franken (gerundet) wird wie folgt verwendet: 260 868 Franken → Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals, 3 500 000 Franken → Zuweisung zur Finanzpolitischen Reserve» und dem Antrag von Barbara Fankhauser, SVP: «Der Ertragsüberschuss 2020 von 3 760 868 Franken (gerundet) wird wie folgt verwendet: 3 700 000 Franken → Zuweisung zur Finanzpolitischen Reserve, 60 868 Franken → Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals».

Eventualabstimmung zur Ergebnisverwendung (Abstimmung 06):

Antrag GRPK: 22 JA

Antrag Barbara Fankhauser: 5 JA

6 Enthaltungen

://: Der Antrag der GRPK obsiegt.

Antrag 5 der GRPK: 29 JA / 4 NEIN (Abstimmung 07)

Antrag 6 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

Antrag 7 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

Antrag 8 der GRPK: Kenntnisnahme.

Antrag 9 der GRPK: Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

5. Ergebnisverwendung

Der Ertragsüberschuss 2020 von 3 760 868 Franken (gerundet) wird wie folgt verwendet:

5.1. 260 868 Franken → Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals

- 5.2. 3 500 000 Franken → Zuweisung zur Finanzpolitischen Reserve
6. Die Bilanz 2020 mit Aktiven und Passiven von jeweils 171 907 383 Franken wird gemäss Anhang XVI und Anhang XVII genehmigt.
7. Folgende Abrechnungen über Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 6 werden direkt genehmigt:
- Kreditabrechnung Kunstrassenfeld Spiegelfeld 462 919.30 Franken
 - Aufstockung Schulraumprovisorium Birkenweg (2. OG) 596 801.99 Franken
 - Kauf Kindergartenprovisorium Postgasse 310 176 Franken
 - Ersatzbeschaffung Werkhoffahrzeug 96 008 Franken
8. Die Investitionsrechnung 2020 mit Ausgaben von 6 010 158 Franken, Einnahmen von 530 309 Franken und Nettoinvestitionen von 5 479 850 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
9. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 11 192.90 Stellenprozent wird zur Kenntnis genommen.
-

GESCHÄFTSPRÜFUNGSTEIL

GRPK-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP kommt zum Teil «Geschäftsprüfung» des GRPK-Berichts. Er weist darauf hin, dass der kurze Bericht selbstverständlich nur die Punkte aufgreift, die in der Geschäftsprüfung der Kommission zu Feststellungen bzw. zu Empfehlungen Anlass gaben. Entsprechend wurden nur zu wenigen Themen überhaupt Feststellungen im Bericht erwähnt. Der grössere Teil der Geschäftsprüfung – das darf man an dieser Stelle auch einmal positiv erwähnen – kommt zum Schluss, dass die Geschäftsprüfung nicht einmal zu einer Feststellung Anlass gibt. Bei zwei Geschäften gab es neben der Feststellung auch eine Empfehlung. Einerseits bei den Submissionen beim Plakatwesen: Dort war die Feststellung, dass der heute gültige Vertrag über das Plakatwesen aus dem Jahr 2003 datiert und sich automatisch um 10 Jahre verlängert. Der jetzige Vertrag läuft im 2023 aus und wird gemäss diesen Bedingungen automatisch um 10 weitere Jahre verlängert. Die Kommission empfiehlt dem Gemeinderat zu prüfen, ob insbesondere die automatische Vertragsverlängerung den Anforderungen des Submissionsrechts genügt.

Bei einem zweiten Thema gab es neben einer Feststellung auch noch verschiedene Empfehlungen. Der Votant möchte auf dieses Thema gesondert eingehen. Die Schwerpunktprüfung der PWC führte zu einer Feststellung. Diese Schwerpunktprüfungen werden jeweils von der GRPK ausgelöst, indem sie der PWC den Auftrag gibt, sich mit einem bestimmten Themenbereich speziell zu beschäftigen. Die PWC stellte fest, dass es bei drei Stichproben, die sie im Rahmen der Baurechtsverträge geprüft hat, Staffellungen in den Jahresbaurechtszinsen gegeben hat. Staffellungen heisst, dass man anstelle der direkten Anpassung des Jahresbaurechtszinses auf das neu festgestellte, gesetzlich oder reglementarisch vorgeschriebene Niveau die Anpassung des Jahresbaurechtszinses erst über mehrere Jahre, also vorliegend über die Vertragslaufzeit, vorgenommen hat. Das führte dazu, dass der Gemeinde durch diese Staffellung Einnahmen entgangen sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die direkte Anpassung der neuen, reglementarisch vorgeschriebenen Baurechtszinsen zum Teil zu einer Verdoppelung der Baurechtszinsen geführt hätte. Der Gemeinderat hat sich entschlossen, eine an sich sachgerechte Lösung zu wählen, indem er die Baurechtszinsen nicht einfach verdoppelt hat, wie es das Reglement verlangt, sondern die Staffellung bei der Verlängerung der Baurechtszinsen mit den Baurechtsnehmern vereinbart hat.

Diese Lösung hat allerdings einen Schönheitsfehler. Die Staffellungen sind im Reglement, welches in der Gemeinde Binningen für Baurecht festgelegt wurde, nicht vorgesehen. Die Kommission bemängelt, dass der Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt nicht zum Einwohnerrat zurückgegangen ist und sich die an sich

sachgerechte Lösung genehmigen liess. Entsprechend empfiehlt die Kommission, dass sich der Gemeinderat diese Staffellösung, wie er sie gewählt hat, nachträglich vom Parlament genehmigen lässt und – soweit der Gemeinderat der Ansicht ist, dass man das Instrument auch in Zukunft haben sollte, um krasse Baurechtszinsschwankungen ausgleichen zu können – dem Einwohnerrat eine Revision des Baurechtsreglements vorschlägt. Das sind die beiden Empfehlungen zum zweiten Thema. Der Antrag der GRPK lautet daher, dass die Feststellungen, die im Geschäftsprüfungsbericht erwähnt sind, erstens zur Kenntnis genommen werden, dass man den Empfehlungen zweitens zustimmt und den Gemeinderat drittens beauftragt, zu den Empfehlungen bis Ende Jahr Stellung zu nehmen.

Beatrice Büschlen, Grüne dankt der GRPK für die Prüfung weiterer wichtiger Themen, wie die Kosten im Bildungsbereich, die Überprüfung der Gebühren, aber auch Strategien und Abläufe des Gemeinderats und der Verwaltung. Die Fraktion stellt fest, es wurde effizient, nachhaltig und gut gearbeitet. Bei den Empfehlungen zu den Baurechtszinsen nimmt sie zur Kenntnis, dass es sich um ein Versäumnis handelt und der Gemeinderat dies bei der nächsten Gelegenheit sicher bereinigen wird. Die Grüne/EVP geht auch davon aus, dass der Gemeinderat die schon länger dauernde Unzufriedenheit der Parteien mit dem Plakatwesen jetzt zum Anlass nimmt, auch dieses Versäumnis an die Hand zu nehmen und die uralten Verträge den heutigen gesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Der Vertrag über das Plakatwesen mit der APG läuft 2023 aus. Bevor dieser Vertrag sich automatisch um weitere 10 Jahre erneuert, wäre es eine gute Gelegenheit, das Plakatwesen in der Gemeinde Binningen grundsätzlich zu überarbeiten und zu überdenken.

Der Kanton Basel-Stadt nahm die im Jahr 2017 auslaufende Plakatkonzession der APG zum Anlass, alle Plakatflächen im öffentlichen Raum öffentlich auszuschreiben. Das Resultat: Die Preise der Werbekunden sanken und die Einnahmen für den Kanton haben sich durch die Ausschreibungen der Konzessionen mehr als verdreifacht. Profitiert haben also die KMU und der Kanton bzw. wieder seine BewohnerInnen. Das gleiche System hat die Stadt Zürich. Auch dort wurden die Konzessionen in der Stadt mittels Los aufgeteilt. Im Übrigen nahm der Bund die Monopolstellung der APG bereits im Jahr 2012 zum Anlass, Empfehlungen an die Gemeinden abzugeben, wie sie mit einer solchen Monopolstellung verfahren sollen. Ja, Binningen hat weniger Plakatflächen zum Verteilen als der Kanton Basel-Stadt oder Zürich. Die Fraktion ist aber überzeugt, dass eine gesunde Konkurrenzsituation noch nie geschadet hat. Die Grüne/EVP wird den Bericht zur Kenntnis nehmen und den Empfehlungen zustimmen.

Karin Müller, SP erwähnt, die SP habe sich ebenfalls mit den Geschäften auseinandergesetzt, die die GRPK geprüft hat, insbesondere mit den Empfehlungen zum Plakatwesen und den Baurechtszinsen. Beim Plakatwesen unterstützt die Fraktion die Empfehlung, den Vertrag mit der APG zu überprüfen. Dass hier dringend etwas geklärt werden muss, sieht man auch anhand der vorliegenden dringlichen interfraktionellen Motion zum Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen. Die Empfehlungen zur Anpassung der Baurechtszinsen hat die SP eingehend diskutiert und kam zum Schluss, dass sie den zweiten Teil unterstützt, nämlich dass das Baurechtsreglement revidiert und um eine Staffellanpassung ergänzt werden muss. Den ersten Teil der Empfehlung möchte die Fraktion aber nicht unterstützen, da sie der Meinung ist, dass die entsprechenden Baurechtsverträge in der Kompetenz des Gemeinderats liegen und nicht vom Einwohnerrat genehmigt werden müssen.

Der Präsident wäre froh, wenn er noch einen entsprechenden Antrag erhalten würde, indem dies schriftlich ausformuliert ist.

Stephan Meyer, FDP äussert, die Sache mit den Baurechtszinsen lief von der Abwicklung her nicht korrekt und wurde im Bericht erwähnt. Da die FDP der Meinung ist, es sei inhaltlich vertretbar, unterstützt sie die Empfehlung der GRPK, beim Einwohnerrat die nachträgliche Genehmigung einzuholen. Bei dieser Anpassung der Baurechtszinsen stellt sich zudem die Frage, wieviel diese Staffellösung die Gemeinde über 5 Jahre gekostet hat. Aber auch mit diesen Mindereinnahmen schloss die Gemeinderechnung ja sehr erfreulich ab. Die Fraktion unterstützt die Empfehlungen auf Seite 6 im GRPK-Bericht.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP fragt bei der SP-Fraktion nach, ob sie noch einen schriftlich formulierten Änderungsantrag einreichen möchte. Da kein ausformulierter Antrag rechtzeitig vorliegt, lässt er direkt über den Antrag der GRPK abstimmen.

Antrag 10 der GRPK: Kenntnisnahme.

Antrag 11 der GRPK: 31 JA / 2 NEIN (Abstimmung 10)

Antrag 12 der GRPK: 31 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

Geschäftsprüfung

10. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom vorliegenden Geschäftsprüfungsbericht und den darin enthaltenen Feststellungen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.
 11. Der Einwohnerrat stimmt den Empfehlungen der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu.
 12. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, dem Einwohnerrat bis spätestens Ende 2021 eine Stellungnahme zu den Empfehlungen abzugeben.
-

Traktandum 5

Nr. 65

Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2021

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Konrad Widmer, SVP dankt für die Zustellung des Berichts zur Schulraumplanung. Einfach so zur Kenntnis nehmen, kann ihn die Fraktion jedoch nicht und zwar aus folgendem Grund: Es ist für die SVP nicht nachvollziehbar, wieso die Klassenprognose von einem Anteil an Schülern in Privatschulen von lediglich 8 resp. 10 Prozent ausgeht, wenn der aktuelle Anteil gut das Doppelte beträgt. Alleine dieser einzelne Faktor hat einen enormen Einfluss auf die Anzahl der benötigten Klassenzimmer. Konsequenterweise kann die Fraktion auch dem zweiten Antrag nicht zustimmen. Die SVP beantragt deswegen, das Geschäft in die Spezialkommission Schulraumplanung zu überweisen.

Claudia Fünfschilling, FDP signalisiert, auch die FDP habe sich den Bericht über die Schüler- und Klassenprognose genau angeschaut und den Inhalt kontrovers diskutiert. Da sie diverse Widersprüche und Unstimmigkeiten festgestellt hat, stellt die Fraktion den Antrag, den Bericht zur Beratung an die Spezialkommission Schulraumplanung zu überweisen. Dort können solche Unstimmigkeiten nochmals aufgenommen, angeschaut und offene Fragen geklärt werden. Zudem kann eine politische Würdigung erfolgen. Zu Antrag 2: Die FDP war etwas überrascht über die Kombination der beiden Anträge. Sollte die Überweisung an die Spezko erfolgen, würden sie beantragen, Antrag 2 sinnvollerweise zurückzustellen. Ansonsten würden sie Antrag 2 ablehnen. Die Fraktion bedankt sich zwar für die zeitige Vorinformation dazu, was der Gemeinderat auf die Anwesenden zukommen sieht, aber sie denkt nicht, dass es sinnvoll ist, das Geld auf Vorrat zu sprechen. Der Antrag enthält aus ihrer Sicht auch zu wenige Details. Der Preis

erscheint ihnen doch sehr hoch, auch wenn man die Rückbaukosten einrechnet. Allenfalls erwartet die FDP zu gegebener Zeit ein separates Geschäft mit den üblichen, detaillierten Unterlagen.

Luzi Jehle, SP stellt klar, bei der Schulraumplanung Binningen gibt es Handlungsbedarf, nicht erst seit heute. Die Schüler- und Klassenprognose 2021 ist und bleibt eine Prognose mit Szenarien, die mehr oder weniger eintreten werden, aber sie zeigt den Handlungsbedarf. Die Anwesenden sollten sich nichts vormachen. Heute sitzen viele Kinder in Binningen in Provisorien und dies wird wohl auch noch eine Weile so bleiben. Dort ist es eng und es wird noch enger. Die Schulleitung und indirekt auch der Schulrat sind bemüht, für alle Kinder ein lernförderliches Umfeld zu erhalten. Eine Mehrheit hier im Rat hat in der Vergangenheit «Pflästerli-Politik» in der Bildung betrieben und nun wird ersichtlich, wie instabil das Kartenhaus bereits geworden ist.

Was ist also zu tun? Die erlösenden Investitionen für angemessenen Schulraum sind in der Pipeline oder bereits im Rat oder in Kommissionen in Beratung. Es geht um das Wohl der zukünftigen Generationen. Nach Meinung des Votanten sollte man nun darum besorgt sein, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen mehr kommt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit bis die Erlösung kommt. Doch diese Zeit rieselt davon wie in einer Sanduhr. Als Folge davon liegt jetzt der vorliegende Kreditantrag für weitere Provisorien auf dem Tisch. Wer sich in der Gemeinde umschaute, sieht viel Bautätigkeit. Alte Villen fallen, neue Mehrfamilienhäuser wachsen aus dem Boden. Die Einwohnerzahl steigt laufend, auch bei den ganz Kleinen. Die Schule braucht Platz, sie braucht mehr Platz. Vielleicht kurzfristig nochmals über Provisorien, in absehbarer Zeit aber sicher über attraktive Schulhäuser. Die SP-Fraktion sieht den aktuellen Bedarf und bedankt sich für den frühzeitigen Kreditantrag. Der Redner plädiert dafür, die Augen vor der Realität nicht zu verschliessen. Es geht nicht um einen Vorrat, es geht um einen Notvorrat. Die SP nimmt die Prognose zur Kenntnis und wird dem Kreditantrag zustimmen.

Rahel Amacker, CVP bedankt sich namens ihrer Fraktion für die Schüler- und Klassenprognose 2021. Die drei vorgestellten Szenarien «Tief», «Mittel» und «Hoch» geben eine gute Übersicht, wie sich die Anzahl Kindergartenkinder und Primarschüler und -schülerinnen in Binningen entwickeln könnte. Um den zukünftigen Schulraumbedarf abschätzen zu können, sind solche regelmässigen Begutachtungen zentral. Selbstverständlich sind aber derartige Prognosen immer mit Unsicherheiten verbunden. Es ist sehr erfreulich, dass dem Einwohnerrat der Kreditantrag für die Realisierung eines provisorischen Doppelkindergartens am Standort Amerikanerstrasse so frühzeitig vorgelegt wird. Weil das Thema Schulraumplanung für Binningen insbesondere auch aktuell eine hohe Wichtigkeit hat und es sich um einen Kredit in der Höhe von 1,2 Mio. Franken +/- 10 Prozent handelt, erachtet die CVP/glp es als wichtig, das Gesamtpaket, also die Prognose 2021 und der in diesem Zusammenhang beantragte Kredit, in einer Kommission zu prüfen. Die Fraktion ist froh, dass dem Parlament noch Zeit bleibt und es diese Möglichkeit hat, dank der frühzeitigen Beantragung. In diesem Sinn sprechen sie sich für eine Überweisung in die Speeko Schulraumplanung aus, um die beiden Anträge zu prüfen.

Andrea Schilling, Grüne teilt mit, die Grüne/EVP danke dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht über die Schüler- und Klassenprognose. Er kommt rechtzeitig, damit man bereits jetzt nach Lösungen suchen und entsprechend flexibel reagieren kann, um den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden. Bei den Kindergartenkindern soll und darf man nicht improvisieren. Alle Anwesenden sollten wissen, wie wichtig ein guter Schulstart für die Kinder ist, dass sie zwei Jahre an einem Ort bleiben können, wo die pädagogischen Richtlinien eingehalten werden können und eine zeitgemässe Infrastruktur verlässlich zur Verfügung gestellt werden kann. Es wird immer gerne betont, wie gut das Bildungsniveau in Binningen ist. Nach Meinung der Fraktion gehören hier auch passende Räumlichkeiten mit einer adäquaten Quadratmeterzahl dazu. Beim Kindergarten an der Amerikanerstrasse ist das aber schon lange nicht mehr der Fall. Und so unsicher sich die Situation mit dem Campus zeigt, ist es erst recht notwendig, dass der Doppelkindergarten gebaut wird. Die Containerlösung scheint den Grünen/EVP sinnvoll. Die Container könnten ja auch gekauft werden, was letztendlich günstiger käme, und bei Bedarf anderweitig eingesetzt werden. Sie gehen davon aus, dass die Kaufoption dann auch geprüft werden würde.

Denn ob es den Campus 2025 geben wird, steht in den Sternen. Die Fraktion nimmt die Prognose zur Kenntnis und stellt fest, dass die geplanten Schulhausbauten keinen weiteren Aufschub mehr erleiden dürfen. Die Grünen/EVP stimmen dem Kreditantrag zu und sind gegen eine Überweisung des Geschäfts in die Spezko Schulraumplanung. Zudem empfehlen sie zu prüfen, ob die Kindergärten nicht weiterhin dezentral in den Quartieren bleiben könnten.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne dankt für die Kenntnisnahme, dass der Gemeinderat frühzeitig mit einem solchen Antrag gekommen ist. Die Ratsmitglieder dürfen sich das Lob aber selbst machen. Es war ein Auftrag des Wohnerrats, dass der Gemeinderat 15 Monate vor dem Bau eines allfälligen neuen Provisoriums mit einer Vorlage in den Rat kommt. Mit dem vorliegenden Geschäft entspricht der Gemeinderat diesem Wunsch des Parlaments. Die Votantin bittet die Anwesenden, ihr ein persönliches Statement zu erlauben. Sie ist kein Fan von weiteren «Kaninchen-Ställen». Sie möchte das wirklich nicht in Binningen. Allerdings ist der Gemeinderat dafür verantwortlich, den nötigen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Der Schulcampus Dorf ist in Planung. Es sieht so aus, als könnte es gewisse Verzögerungen geben. Da die Prognose zeigt – und eine Prognose heisst ja Prognose, weil sie verschiedene Faktoren zusammennimmt und eine gewisse, wahrscheinliche Aussage vorhersagt –, dass es verschiedene Prognosen gibt und es sich abzeichnen könnte, dass man noch mehr Schulraum brauchen wird, ist der Gemeinderat jetzt mit dem Antrag in den Wohnerrat gekommen.

Zu den Fragen: Der Kauf eines Containers lohnt sich ab einer Mietdauer von 3 bis 4 Jahren. Der Gemeinderat hofft nicht, dass die Container noch länger benötigt werden. Aber wenn sie noch so lange gemietet werden müssten, wird man selbstverständlich über einen Kauf nachdenken. Die Schüler- und Klassenprognose liegt nun zum dritten Mal vor. Es gab eine 2017, 2019 und nun 2021. Die zuständige Gemeinderätin hat bereits wieder eine neue Prognose in Auftrag gegeben für das Jahr 2022, damit man ganz klar nachverfolgen kann, wie der Schulraum am besten geplant werden kann, und über die neusten Prognosen verfügt. Es sind verschiedene Fragen aufgetaucht. Die Sache mit dem Anteil der Privatschüler von 8-10 Prozent kann sie nicht aus dem Stegreif beantworten. Es wäre vielleicht gut, dazu das Planteams selbst zu befragen. Die Votantin kann einfach versichern, dass die Schüler- und Klassenprognose bis jetzt von der Systematik gleich aufgebaut worden sind, einfach mit den veränderten Parametern, die man in Binningen hat.

ine weitere Frage war, ob es sinnvoll ist, auf Vorrat zu kommen. Wenn der Gemeinderat erst im Dezember gekommen wäre, wenn er unbedingt kommen muss, dann ist er zu spät und der Wohnerrat würde ihn zu recht rüffeln, dass er nicht vorausschauend geplant hat und wieso er erst im Dezember gekommen ist. Dezember ist der späteste Zeitpunkt, zu welchem eine Planung für die Container ausgelöst werden muss. Das heisst, man ist jetzt wirklich früh dran. 15 Monate im Voraus. Wenn der Wohnerrat dies wünscht, kann man es selbstverständlich in einer Spezialkommission vertieft anschauen. Man hat die Zeit. Sie hofft natürlich immer noch, dass die «Kaninchen-Ställen» nicht benötigt werden. Falls sie aber benötigt werden, hätte eine Kommission sicher genügend Zeit, die offenen Fragen zu diskutieren und genauer anzuschauen. Die Rednerin würde es daher begrüssen, wenn der Wohnerrat Klärungsbedarf hat, dass man diese Fragen dort diskutiert und anschaut. Sie glaubt sogar, die Spezko Schulraumplanung bestehe nach wie vor. Noch ein kleiner Nachtrag: Die Schülerinnen- und Schülerprognose war bereits in der BPK, da die Kommission das Geschäft «Schulcampus Dorf» berät.

Marc Schinzel, FDP hat, wenn er die Diskussion hört, den Eindruck, man sei sich weitgehend einig. Zur Diskussion steht effektiv noch, ob man es in der Spezko Schulraumplanung nochmals anschauen sollte. Er hat z.B. festgestellt, dass es auch in seiner Fraktion noch einen gewissen Informations- und Klärungsbedarf gibt, der sich nicht direkt aus dem Papier beantworten lässt. Es ist ihm aber ganz wichtig nochmals zu sagen, dass es sehr zu schätzen ist, dass der Bericht so früh gekommen ist. Damit ein ausdrückliches Kompliment und ein Dankeschön an die zuständige Gemeinderätin, die dies möglich gemacht hat. Es scheint ihm unbestritten, dass der Schulraum benötigt wird. Luzi Jehle hat es gesagt und wahrscheinlich bereits den Ausblick auf den festen Schulraum gemacht. Auch dort scheinen sich alle einig zu sein.

Der Redner ist froh, dass die Gemeinderätin ebenfalls erwähnt hat, dass zwar nicht so viel Zeit bleibt – man braucht einen gewissen Vorlauf –, aber wenn man speditiv ist, bleibt die Zeit, um dies sauber anzuschauen. In diesem Zusammenhang hat man auch die Grundlage und die definitive Klärung für den Kredit, die man braucht. Insofern glaubt er, im Rat bestehe ein ziemlich grosser Konsens, den er eigentlich nicht zerreden möchte. Last but not least möchte er eine Lanze für die «Kaninchen-Ställe» brechen. Man kann dort durchaus eine sehr angenehme Kultur entwickeln. Wenn er an den Birkenweg denkt, wo man sehr froh ist um die autarke Autonomie, die man zustande gebracht hat. Es muss nicht völlig stimmungslos sein. Letztlich hängt es immer von den Personen ab, die dies gestalten und dort unterrichten. Nochmals herzlichen Dank, dass der Rat heute über den Bericht reden kann und er so frühzeitig gekommen ist. Der Votant denkt, man wird sich in diesem Rahmen finden.

Beatrice Büschlen, Grüne erklärt, die Grüne/EVP halte eigentlich nicht sehr viel davon, das Ganze nochmals in eine Kommission zu geben. Es wurde in der Bau- und Planungskommission bereits besprochen. Dort konnten Fragen gestellt und miteinander diskutiert werden. Die Mitglieder sind hier im Rat und konnten ihre Kollegen informieren. Sie findet es auch etwas inkonsequent und widersprüchlich, wenn man fordert – die Forderung rechtzeitig Kredit zu stellen kommt von der FDP. Die Rednerin kann sich an die entsprechende Einwohnerratssitzung erinnern. Nun wird dies gemacht und dann redet man davon, man würde auf Vorrat Investitionskredite resp. Gelder sprechen. Damit hat sie etwas Mühe. Zum anderen wurde vorhin kommentarlos der Kauf des Kindergartens Postgasse beschlossen über 310 000 Franken. Es wurde in keinem einzigen Votum erwähnt. Der Bedarf ist da. Man sollte vorwärts machen und nicht alles nochmals zerreden. Ausserdem kostet die Beratung in einer Spezialkommission auch wieder Geld, das man vielleicht für den Kindergarten einsetzen könnte.

Christoph Daniel Maier, FDP äussert, das Geschäft Schulraumplanung beschäftige die Anwesenden quer durch die weiteren Planungen in verschiedensten Kommissionen und hat grosse Auswirkungen darauf, wie die Gemeinde den zukünftigen Schulraum plant. Er findet es daher mehr als angebracht, kritisch zu hinterfragen, wenn in einem solchen Bericht im Text von einem Trend die Rede ist und sich dieser entsprechende Trend in den prognostizierten Zahlen nicht nachvollziehen lässt. Selbstverständlich kann man sagen, es sei so wie in den Vorjahren. Aber es kann doch nicht sein, dass, weil es ein Experte einmal so gerechnet hat und dann jemand anderes einen Text dazu geschrieben oder aus dem Vorjahr übernommen hat, dies nicht mehr übereinstimmt. Der Votant empfiehlt daher dringend, diese Inkonsistenzen im Bericht nochmals der Schulraumplanungskommission zur Prüfung zu übergeben und allenfalls auch zu klären, woher die Inkonsistenzen kommen. Es hängt zu viel davon ab, wie man sich in der Gemeinde in Zukunft aufstellt und wie man investieren will, als dass man einen solchen Bericht, der in sich nicht stimmig ist, als Planungsgrundlage verwenden könnte.

Rahel Amacker, CVP erklärt, diese Frühzeitigkeit gebe dem Rat die Möglichkeit, dass er sich die Zeit nehmen kann, die von der rechten Ratsseite geäusserten Unstimmigkeiten in den Prognosen anzuschauen und zu besprechen. Von den Prognosen hängt schlussendlich der Kreditantrag ab. Daher findet sie es sehr gut, dass man diese Zeit nun hat, sie nutzen und spätestens im Dezember beschliessen kann. Das Geschäft nochmals in eine Kommission zu überweisen erachtet die Rednerin als wichtig, wenn sich so viele Personen im Rat noch nicht ganz einig sind.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne versichert Christoph Maier, dass sie den Bericht sehr kritisch angeschaut hat. Sie hat keinen blassen Schimmer, was er als Inkonsistenzen und Unstimmigkeiten kritisiert. Sie schaut sich den Bericht aber gerne mit ihm an und lässt sich erklären, was er meint. Der Bericht wurde nun zum dritten Mal vom gleichen Planungsbüro gemacht. Er gab bisher noch nie Anlass zu Kritik. Der Bericht war in der BPK und gab auch dort keinen Anlass zu Kritik. Die Rednerin ist gespannt auf die Inkonsistenzen, die ihr Vorredner gefunden hat. Vielleicht kann die Spezko auch selbst entscheiden, die Zuständigen des Planteams einzuladen und die Sache anzuschauen. Sie persönlich interessiert es sehr. Christoph Maier wird wissen, dass sie sehr kritisch ist und den Bericht genau angeschaut hat. Vom Schiff aus sieht sie nicht, was gemeint ist.

Wenn es hilft, dass die Kommission dies anschaut, um in der Schulraumplanung weiterzukommen, dann begrüsst die Votantin dieses Vorgehen. Sie möchte der Kommission einfach gerne mitgeben, wenn der Schulraum benötigt wird, dann muss der Auftrag bis spätestens Dezember 2021 ausgelöst werden. Bis zu diesem Zeitpunkt ist auch mehr bekannt hinsichtlich Klassenbildung der Schulleitungen für die Frühlingseinschulungen. Man weiss dann eher, wie viele Einführungs- und Kleinklassen es geben wird und wie es mit der Klassenbildung nächstes Jahr aussehen könnte. Es zeichnet sich bereits ab, dass man auch nächstes Jahr am Schulstandort Dorf wieder eine zweite 1. Klasse mehr führen muss. Die Schulleitung hat dies bereits vorgelegt und es wurde im Schulrat besprochen. Die Anwesenden haben es sicherlich im Binninger Anzeiger mitbekommen. Eine Klasse musste auf August hin vom Standort Dorf ins Mühlematt verschoben werden. Das gab einen riesigen Auflauf der Eltern. Es ist immer unschön, wenn die Kinder nicht dort eingeschult werden können, wo sie den nächsten Schulweg haben und einfach zu Fuss hingehen könnten. Der meiste Schulraum wird am Standort Dorf benötigt. Daher auch der Vorschlag des Gemeinderats, die beiden Provisorien möglichst nah am Dorfzentrum aufzustellen.

Thomas Hafner, CVP fragt sich, ob dem Rat zugesichert werden kann, dass wenn er im Dezember entscheidet, auch wirklich die Zahlen vorliegen, um sagen zu können, das Provisorium wird gebraucht oder es wird nicht gebraucht. Das scheint ihm entscheidend. Wenn dies möglich ist, dann möchte er es unbedingt kurz besprechen, aber so, dass man das Geschäft auf erhärteten Zahlen in der Dezembersitzung beraten und darüber abstimmen kann.

Simone Abt, SP signalisiert, die Diskussion habe sie der Option Spezialkommission nicht um einen Schritt näher gebracht. Sie bewundert die Grosszügigkeit der zuständigen Gemeinderätin, die sagt, der Rat solle das Geschäft in eine Kommission geben. Die Rednerin ist einmal mehr der Meinung, das Parlament erliege seinem häufigen Irrtum, dass mehr Kommissionen bessere Arbeit bedeuten. Sie glaubt wirklich nicht, dass nochmals eine Kommissionsberatung notwendig ist. Vielmehr glaubt sie, dass es dadurch in Binningen – dafür ist man mittlerweile auch notorisch – eine Verzögerung mehr geben wird. Aus ihrer Sicht ist es ein Zeitverlust und sonst gar nichts. Die Schüler sind da, man wird Raumbedarf haben. Es ist zu bedauern, wenn dieser einfach etwas später zustande kommt, nur weil noch eine Kommissionsberatung abgehalten werden muss. Sie plädiert dafür, mit allem voran zu machen, sowohl mit dem Schulhaus wie auch mit dem Provisorium, weil halt nochmal eins notwendig ist, und nicht noch über dieses Provisorium hin und her zu diskutieren.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne hat den Eindruck, sie sei falsch verstanden worden. Im Dezember muss der Auftrag ausgelöst werden. Das heisst, der Einwohnerrat muss vorher beschliessen. Dann gibt es noch eine Referendumsfrist. Wenn das Provisorium nächstes Jahr benötigt wird, muss der Auftrag an die Handwerker im Dezember raus. Man kann selbst zurückrechnen, dass ein Entscheid in der Dezembersitzung nicht reicht. Es wäre gut, wenn der Entscheid früher vorliegen würde. Der Gemeinderat kam nun wirklich sehr früh mit der Vorlage. Wenn man retour rechnet: Es sind 30 Tage Referendumsfrist. Der Bericht der Spezko müsste im Oktober vorliegen und der Beschluss des Parlaments müsste in der Oktobersitzung gefällt werden, damit alle Referendumsfristen eingehalten werden können. Das würde bedeuten, die Spezko hätte bis Oktober Zeit. Dies möchte sie mitgeben. Zum Votum von Simone Abt erklärt sie, aus ihrer Sicht bräuchte es keine Kommissionssitzung. Aber wenn es hilft, und schlussendlich geht es um die Schülerinnen und Schüler, dann kann sie in Geduld üben.

Präsident Stephan Appenzeller, SP weist auf die Sitzungstermine des Einwohnerrats hin. Im Oktober findet keine Sitzung statt. Ein Sitzungstermin ist am 1. November oder sonst am 27. September. Der Bericht müsste für die Sitzung am 27. September vorliegen. Die Kommission hätte also nicht viel Zeit.

Marc Schinzel, FDP ist nicht gleicher Meinung wie Simone Abt. Weil der Bericht verdankenswerter Weise so früh gekommen ist, hat man wenig Zeit, aber man hat Zeit, um die Sachen, die noch geklärt werden müssen, in einer Spezko Schulraumplanung zu klären. Das ist wichtig, weil hier im Rat auch über den definitiven Schulraum entschieden wird, über den Kredit für das Schulhaus Dorf. Es ist gut, wenn

die Ratsmitglieder alle sehr genau wissen, wie die Schulraumentwicklung aussieht. Die zuständige Gemeinderätin hat bestätigt, dass es so gemacht werden kann innerhalb dieser 15 Monate. Dem Votanten ist es dies wert, dass alle hier Anwesenden auf dem gleichen Stand sind. Denn es geht später auch um den definitiven Schulraum.

Roman Oberli, SVP hat noch eine Frage an die zuständige Gemeinderätin. In der Vergangenheit hat sich der Gemeinderat mehr als genug Zeit gelassen und kam dann einfach mit Nachtragskrediten. Warum sollte die Spezko nun plötzlich so unter Druck stehen?

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne erwidert, es sei noch nicht so lange her, da war sie selbst Einwohnerratsmitglied. Wenn sie etwas genervt hat, dann waren es die Nachtragskredite. Sie ist für maximale Transparenz und mag dies daher gar nicht gerne.

ABSTIMMUNG

Der Präsident teilt mit, von verschiedenen Fraktionen liegen ähnlich formulierte Anträge auf Überweisung in die Spezko Schulraumplanung vor. Er schlägt vor, zuerst darüber abzustimmen, ob das Geschäft Nr. 65 integral in die Spezko Schulraumplanung überwiesen wird. So wurde es von den Fraktionen gesagt und so hat er es verstanden. Sonst müsste jetzt interveniert werden.

Überweisung in die Spezko Schulraumplanung: 19 JA / 13 NEIN (Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird in die Spezialkommission Schulraumplanung überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 204/XII

Totalrevision GGA-Reglement, neu Kabelnetzreglement (Spezko-Bericht)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Spezko-Präsident Thomas Hafner, CVP freut sich, den Bericht der Spezko Totalrevision GGA-Reglement, neu Kabelnetzreglement heute vorstellen zu dürfen. Schlussendlich geht es in erster Linie um eine Verabschiedung eines neuen Reglements. Das bestehende Reglement ist nicht mehr zeitgemäss und total veraltet. Mit einem neuen Reglement sind die Anwesenden und die Verwaltung in Zukunft sicher besser bedient, um das Alltagsgeschäft rund um das Kabelnetz Binningen abzuwickeln. Aber nur ein Reglement zu verabschieden, ohne die heutigen und die zukünftigen Gegebenheiten anzuschauen, greift etwas zu kurz. Die Kommission hat deshalb ganz zu Beginn beschlossen, sich nicht nur mit dem vorgelegten Reglementsentwurf auseinanderzusetzen, sondern auch mit einem Blick in die Zukunft. Der Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat mit einem möglichen Weg in die Zukunft war der Kommission zu wenig. Die zusätzlich erhaltenen Unterlagen des Gemeinderats hat sie in diesem Entscheid bestärkt.

Die Kommission hat in mehreren Sitzungen verschiedene Fachleute zur Beratung eingeladen. Herzlichen Dank an diese Fachleute, welche im Bericht bewusst nicht öffentlich erwähnt wurden, da der Spezko ihre persönliche Meinung im Vertrauen sehr wichtig war. Die sehr spannenden und unterschiedlichen Ansichten zu einem eigenen Binninger Kabelnetz im Besitz der Einwohnergemeinde Binningen waren für

sie sehr wichtig. Auch vielen Dank an die zuständige Gemeinderätin Caroline Rietschi und den zuständigen Abteilungsleiter Martin Ruf für den wertvollen Informationsaustausch und die sorgfältige Beantwortung der zahlreichen Fragen. Der Votant bedankt sich bei der Gemeinderätin auch für ihre Ruhe bei den nicht immer einfachen Fragen und Forderungen seitens der Kommission. Sie hat das sehr gelassen genommen. Einen besonderen Dank geht auch an Nicole Stäger seitens Verwaltung für die hervorragende und speditive Protokollierung und die administrative Unterstützung. Nicht zuletzt möchte er natürlich auch seinen Kommissionsmitgliedern danken, die ihn immer sehr gut unterstützt haben. Da die Ansichten zur Revision des Reglements zwischen den einzelnen Mitgliedern sehr unterschiedlich waren, ist er froh, heute den Bericht für ein neues Reglement und einen Antrag zur Erarbeitung einer Strategie vorlegen zu können. Der Bericht ist öffentlich auf der Webseite der Gemeinde Binningen einsehbar und die Anwesenden haben ihn alle vor sich. Deshalb möchte er nicht den ganzen Bericht vorlesen. Einige Stellen aus dem Bericht will er jedoch erwähnen.

Die Spezko vermisste eine umfassende, zukünftige, weitsichtige Strategie des Gemeinderats und die Beantwortung der Kernfragen, ob das Kabelnetz auch in Zukunft im Eigentum der Gemeinde bleiben soll. In Kapitel 3 hat sie einige Beurteilungen vorgenommen und erwähnt, diese kann jeder selbst nachlesen. Das Reglement wurde, wie es sich im Rat bereits abgezeichnet hat, am Anfang sehr kontrovers diskutiert. Das bestehende Reglement entspricht nicht mehr den heutigen Netzgegebenheiten. Ein neu gefasstes Reglement ist zweifellos besser, auch wenn es in Zukunft nochmals angepasst werden müsste. Mit dem neuen Reglement wird die Rechtssicherheit verbessert und die Glasfaseranschlüsse könnten basierend auf dem neuen Reglement in der Verordnung geregelt werden. Die Spezko hat eine umfassende Strategie vermisst. Im Verlauf ihrer Arbeit konnte sie aber doch einige Erkenntnisse gewinnen. Das sind z.B. folgende: Ein Glasfasernetz ermöglicht den Zugang für mehrere Telekommunikationsdienstanbieter. Glasfaser ermöglicht moderne Anwendungen in der Gebäudeautomation. Bei einer weiterhin stabilen Abbonnentenzahl lässt sich das bestehende Netz noch mehrere Jahre wirtschaftlich betreiben. Die Kundenbedürfnisse, Kundendemographie, Abo-Struktur und das Konsumverhalten sind der Gemeinde heute nicht weitgehend bekannt, sondern eher unbekannt. Das heutige Angebot im Vergleich zu anderen Kabelnetzangebietern ist aber sehr kostengünstig. Verschiedene Studien haben auch gezeigt, dass die relevanten Kundenkriterien neben den Kosten, Zuverlässigkeit und Datenschutz sind. Solange die Internetgeschwindigkeit den Bedürfnissen genügt, ist sie eigentlich ein sekundäres Kriterium. Der Gemeinde fehlt heute eine umfassende Eigentümerstrategie. Der Betrieb eines Kabelnetzes ist eigentlich keine zwingende Aufgabe der Gemeinde. Es wäre aber prüfenswert, ob Synergien mit weiteren Anbietern möglich wären und so das Kabelnetz kosteneffizient betrieben werden könnte.

Zu den Empfehlungen: Die Spezko empfiehlt der Gemeinde eine umfassende Strategie zu erarbeiten und dem Einwohnerrat vorzulegen. In dieser Strategie soll folgendes enthalten sein: Die Stärken und Schwächen des heutigen Kabelnetzes. Wie die Rahmenbedingungen, insbesondere die Kundenbedürfnisse, der Wettbewerb und die Technologie heute aussehen und auch in Zukunft. Welche Marktposition die Gemeinde Binningen mit dem Kabelnetz anstrebt und wie sich damit die Wirtschaftlichkeit, insbesondere die Unterhaltskosten und der Investitionsbedarf sowie der Preis in Zukunft entwickeln werden. Aufgrund der Erkenntnisse und der Empfehlungen stellt die Spezko die im Bericht enthaltenen Anträge. In der Büro-Sitzung wurde v.a. Antrag 2 bemängelt. Das Setzen einer Frist sei rechtswidrig, was der Binninger Rechtsdienst heute bestätigte. Deshalb möchte der Votant zuerst folgende Mitteilung machen: Die Spezko hat ein möglichst frühes Inkrafttreten gewünscht. Somit soll der Gemeinderat beauftragt werden, das Reglement so schnell wie möglich – wenn es geht noch in diesem Jahr – unter Einhaltung aller Fristen in Kraft zu setzen. Deshalb schlägt er vor, die Anträge 1,3 und 4 unverändert stehen zu lassen und Antrag 2 wie folgt zu ändern: «Der Gemeinderat wird ermächtigt, das neue Kabelnetzreglement nach der Genehmigung durch die Bau- und Umweltschutzdirektion in Kraft zu setzen.»

Erik Schellenberg, SP erwähnt, auch die SP möchte ein Kabelnetzreglement, welches möglichst ohne Verzögerungen umgesetzt und den neuen Anforderungen im dritten Jahrtausend angepasst wird. Das neue Reglement soll klare Verhältnisse schaffen, ohne dass Bastellösungen nach wie vor erforderlich

sind. Die Fraktion steht voll hinter den Anträgen 1, 3 und dem neu formulierten Antrag 2. Lediglich bei Antrag 4 möchten sie betonen, dass sie der Meinung ist, das Angebot für die Kunden dürfe sich auf keinen Fall verschlechtern. Sie sind etwas skeptisch, ob man dies richtig interpretieren kann. Die SP ist der Meinung, es könne nicht zur Diskussion stehen, dass bestehende Kunden eine schlechtere Lösung auch relativ zu anderen Konkurrenzlösungen erhalten. Mit Vorbehalt unterstützt die Fraktion auch Antrag 4.

Felix Gerber, glp dankt der Spezialkommission für ihre Arbeit, den vorliegenden Bericht und speziell die transparente Gegenüberstellung der alten und der zwei neuen Versionen. Der Fraktion erscheint das Vorgehen und die Anträge der Kommission sinnvoll, insbesondere den Gemeinderat anzuhalten, zuerst eine Strategie zu erarbeiten und sich zu überlegen, wie man langfristig mit dem Netz weiterfahren möchte, bevor Investitionen getätigt werden. Der Redner geht davon aus, dass die laufende Erneuerung des Netzes, damit der Service-Standard erhalten bleibt, aus dem regulären Budget bezahlt werden kann und dafür keine Investitionsvorlage benötigt wird. Unter diesem Vorbehalt stimmt die CVP/glp allen Anträgen der Kommission zu.

Thomas Häfele, FDP signalisiert, für die FDP sei es von Bedeutung, dass nur nachhaltige und sinnvolle Investitionen getätigt werden. Bevor nicht eine umfassende und ganzheitliche Strategie über die Zukunft des Kabelnetzes Binningen besteht, sollen auch keine Investitionen getätigt werden. Aus diesem Grund sind die Anträge 3 und 4 des Spezko-Berichts unbestritten. Antrag 2 wurde geändert. Im Bericht der Spezko gibt es keinerlei Begründung, wieso eine Dringlichkeit gegeben ist. Man hätte Antrag 2 daher auch einfach zurückziehen können. Zu Antrag 1 hat die Fraktion einen Änderungsantrag zu § 11 Abs. 3 eingereicht. Der Antrag liegt dem Präsidium schriftlich vor. Die FDP beantragt, dass § 11 in die Fassung geändert wird, wie sie durch die Spezko in zweiter Lesung einstimmig beschlossen wurde. Es ist essentiell, dass ein Glasfaserausbau nur getätigt wird, wenn diese Erschliessung auch wirtschaftlich ist. Gemäss Schätzung des Gemeinderats kostet die vollständige Erschliessung sämtlicher Liegenschaften mit Glasfaser – das ist Szenario 3, welches im Bericht erwähnt wird – einen zweistelligen Millionenbetrag. Dies notabene bei einem koordinierten Ausbau.

Gemäss § 5 Abs. 2 des Reglements haben alle Eigentümer Anspruch auf Anschluss ihrer Liegenschaft an das Kabelnetz. Nach § 10 Abs. 1 trägt die Gemeinde die effektiven Kosten der Erstellung. Der aktuell vorliegende § 11 beinhaltet als einzige Bedingung für die Erschliessung mit Glasfaser, dass eine Hausinstallation realisiert wird resp. eine Erschliessung der Liegenschaft technisch möglich ist. Generell ist wohl die Erschliessung jeder Liegenschaft technisch möglich. Es ist einzig eine Frage des Aufwands und der Kosten, die aber die Gemeinde zu tragen hat. Wenn § 11 in der aktuellen Fassung genehmigt wird, verliert die Gemeinde die Hoheit über die Planung und die Ausbaufolge des Kabelnetzes. Mit Genehmigung des Reglements in der Form der Spezko entsteht ein klagbarer Anspruch der Hauseigentümer auf Erschliessung ihrer Liegenschaft mit Glasfaser. Die Gemeinde wäre verpflichtet, jede Erschliessung auszuführen, unabhängig von den effektiven Kosten und den eigenen Ausbauplänen. § 11 der Spezko birgt daher das Risiko, dass die Gemeinde das Steuer aus der Hand gibt und in unkontrollierter Art und Weise ein Glasfasernetz erstellen und bezahlen müsste. Ein solch chaotischer Ausbau wäre zweifellos mit höheren Kosten verbunden als die bereits sehr hohen Kosten eines koordinierten Ausbaus gemäss Szenario 3. Zusammenfassend stimmt die FDP Antrag 1 mit geändertem § 11 zu sowie den Anträgen 3 und 4.

Roman Oberli, SVP bedankt sich namens seiner Fraktion bei der Spezko für den vorgelegten Bericht. Vorweg: Die SVP wird der Revision des Reglements, wie sie die Kommission erarbeitet hat, unter Berücksichtigung des Antrags der FDP bzgl. § 11 zustimmen können, um das Reglement auf den neusten Stand zu bringen. Die Fraktion begrüsst Antrag 4 der Spezko, dass der Gemeinderat keine Investition vorlegen soll, bevor er dem Einwohnerrat nicht die Strategie zur Zukunft des Netzes vorgelegt hat. Die diesbezügliche Strategie ist aus ihrer Sicht nämlich simpel: der Verkauf dieses Kabelnetzes. Denn der Betrieb eines Kabelnetzes ist keine zwingende Aufgabe der Gemeinde. Das Kabelnetz entspricht dem heutigen Stand der Technik und ist daher sicherlich interessant für potenzielle Käufer. Der Gemeinderat möchte das Kabelnetz jedoch in mehreren Schritten mittel- bis langfristig weiterentwickeln, um v.a. mit

der Swisscom konkurrenzfähig zu bleiben und den Abonnenten ein günstiges Angebot zu bieten. Nur diese Weiterentwicklung ist alles andere als günstig. Ein Ausbau auf Glasfaser kostet zig Millionen Franken. Geld, das der Gemeinderat ausgeben will, bei welchem man sich in Anbetracht der geplanten Investitionen von locker 180 Mio. Franken fünfmal fragen muss, ob es das wirklich wert ist, das Geld für eine nicht zwingende Aufgabe der Gemeinde auszugeben. Die SVP findet klar Nein. Es gilt den Ausgabenanstieg zu beenden, statt neue, massive, nicht notwendige Ausgaben zu planen. Die Fraktion fordert den Gemeinderat deshalb an dieser Stelle auf, den Verkauf des Kabelnetzes in Angriff zu nehmen. Abschliessend kann der Votant sagen, dass die SVP die Anträge 1, 2 und 4 der Spezko zustimmen wird und Antrag 3 aus den erwähnten Gründen ablehnt.

Thomas Schwarb, Grüne weist darauf hin, bei der Überweisung des Geschäfts an die Spezko und auch heute habe sich gezeigt, dass es ein sehr komplexes Geschäft ist, bei welchem man sich mit Leichtigkeit in Details verlieren kann. Das hat auch die Länge und Anzahl der Sitzungen der Spezko belegt. Das Resultat des Berichts scheint aber überzeugend zu sein. Die Fraktion verdankt den Bericht und wird den Anträgen der Spezko zustimmen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP dankt für den Bericht der Kommission. Zum Einwand der FDP, dass man nur eine wirtschaftliche Erschliessung verlangen kann, kann sie das Gleiche sagen, das sie bereits in der Kommissionberatung erwähnt hat. Wenn man dies so ins Reglement schreibt, ist unklar, wer aufgrund welcher Kriterien entscheidet, was wirtschaftlich ist. Wenn man beim ersten Antrag zum Schluss kommt, das ist nicht wirtschaftlich und es ablehnt, dann liegt die erste Beschwerde auf dem Tisch. Es ist also eine Frage der Gleichbehandlung, zu welcher die Gemeinde verpflichtet ist. Dafür braucht es Kriterien und diese liegen nicht vor. Diese Kriterien sind auch, da sind sich vermutlich alle einig, relativ schwierig zu definieren. Die Votantin möchte den Ratsmitgliedern daher sehr beliebt machen, das Wort «wirtschaftlich» dort nicht einzufügen, weil es sonst ein ernsthaftes Problem mit dem Gleichbehandlungsgebot gibt, welches der Gemeinde notabene auferlegt ist. Beim Argument, dass die Investition in Anbetracht der Investitionsplanung zu hoch ist, muss sie die SVP darauf hinweisen, dass es sich um eine Spezialfinanzierung handelt. Investitionen in die Spezialfinanzierung werden aus der Spezialfinanzierung bezahlt, daher ist der restliche Investitionsplan davon in keiner Art und Weise betroffen. Das sind zwei komplett verschiedene Sachen.

Zu Antrag 4 bzgl. Strategie: Wenn man den Ausbausritt auf DOCSIS 3 nicht macht, dann fehlen in zwei bis drei Jahren Bandbreiten. Das ist Leistung, die die Kundinnen und Kunden haben. Wenn die Gemeinde dies nicht machen kann und zuerst eine Strategie erarbeiten muss, bis diese Strategie dann wahrscheinlich wiederum in einer Spezialkommission beraten und vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen oder verabschiedet wurde, verliert man zu viel Zeit. Am Schluss werden mit Antrag 4 die Kundinnen und Kunden bestraft. Der Ausbausritt auf DOCSIS 3 ist ein Schritt, der sein muss, um Bandbreiten sichern zu können. Wenn das Pandemie-Jahr etwas gezeigt hat dann, dass die Leute zuhause über ein schnelles und gutes Netz verfügen müssen. Im Übrigen möchte sie noch einen Punkt zur wirtschaftlichen Erschliessung anfügen. Es ist nicht so, dass die Liegenschaftseigentümer der Gemeinde heute die Bude einrennen und jede zweite Liegenschaft an Glasfaser angeschlossen werden will. Man muss hier nicht das Schreckgespenst der chaotischen Netzentwicklung an die Wand malen. Die Anträge bewegen sich in einem kleinen Rahmen. Nur weil man ein neues Reglement hat, werden sie nicht mehr. Im neuen Reglement gibt es einfach eine saubere Basis dafür. Daher würde die zuständige Gemeinderätin den Ratsmitgliedern beliebt machen, Antrag 4 und dem Antrag der FDP nicht zuzustimmen.

Roman Oberli, SVP findet die Aussage der zuständigen Gemeinderätin etwas gewagt, dass die Abonnenten bestraft würden, wenn man das Kabelnetz so lässt, wie es jetzt ist. Aus dem Bericht der Spezko ist zu entnehmen, dass dem Gemeinderat die Kundenbedürfnisse, Kundendemographie etc. weitgehend unbekannt sind. Das ist der eine Punkt. Zum anderen ist es zwar eine Spezialfinanzierung, aber der von der Gemeinde angestrebte Glasfaserausbau ist mit dem heute vorhandenen «Kässeli» der Spezialfinanzierung von etwas mehr als einer Million Franken nicht einmal ansatzweise gedeckt. Es braucht dafür auch

ein neues Finanzierungskonzept, das Stand heute noch nicht vorhanden ist. Deshalb ist es sehr wohl in Betracht zu ziehen mit den bisherigen, anderen Investitionsausgaben.

Thomas Häfele, FDP vermisste in der Stellungnahme der Gemeinderätin, was sie zu einem klagbaren Anspruch sagt. Er entnimmt ihrer Antwort, dass sie davon ausgeht, dass das Risiko gering ist und wenn jemand unbedingt angeschlossen werden möchte, die Gemeinde dies auch gerne bezahlt. Er glaubt, der Begriff «wirtschaftlich» ist für viele Leute verständlich. Es ist auch wirtschaftlich begründet, dass die Swisscom nicht jedes Haus ans Glasfasernetz anschliesst und auf Anfragen von Hauseigentümern jeweils sagt, dass sie einen Anschluss ins Auge fassen könnte, sobald es weitere Nachbarliegenschaften gibt, die sich ans Netz anschliessend möchten. Der Redner geht davon aus, dass dies auch für das Kabelnetz Binningen eine gangbare Lösung wäre. Es gibt im vorgeschlagenen Änderungsantrag des § 11 Abs. 3 ein lit. a und b. Lit. b beinhaltet eine Aufschiebung, bis eine wirtschaftliche Erschliessung möglich ist. Er denkt nicht, dass ein Hauseigentümer die Gemeinde basierend auf einer Aufschiebung verklagen würde, sondern geht davon aus, dass der Antrag der FDP generell flexibel formuliert ist.

Spezko-Präsident Thomas Hafner, CVP möchte noch etwas zum FDP-Antrag sagen. Die Kommission hat dies in einer Lesung besprochen und das Reglement anschliessend der Gemeinderätin zugespielt, um ihre Rückmeldung dazu abzuholen. Bei § 11, den sie anfänglich so in ihrer Version hatten, haben die anwesenden Spezko-Mitglieder nach der Rückmeldung von Caroline Rietschi einstimmig beschlossen – Thomas Häfele war dort leider abwesend – auf die Formulierung, wie sie die FDP nun wieder fordert, zu verzichten. Der Votant wäre persönlich froh, wenn man dem Gemeinderat hier den notwendigen Spielraum geben würde. Er ist überzeugt, dass auch der Gemeinderat nur das Beste für Binningen möchte. In Bezug auf die Strategie scheint es ihm wichtig, dass man sich gewisse Gedanken macht. Der Spezko ist klar, man kann jahrelang Strategien bis an den Bach machen. Aber es wäre ihr wirklich wichtig, dass sich der Gemeinderat nicht erst in fünf Jahren Gedanken dazu macht. Sie möchte den Ausbau ja auch nicht komplett verweigern. Der Redner ist der Ansicht, es sollte möglich sein, dies in einem oder zwei Jahren zu machen. Das Netz ist momentan noch so gut, dass diese Pause eigentlich keine Rolle spielen sollte.

Beatrice Büschlen, Grüne äussert, die zuständige Gemeinderätin habe vorhin erwähnt, es sei schwierig, wenn man mit der Strategie so verfährt, DOCSIS 3.0 zu erreichen. Eigentlich ist der normale Standard schon jetzt 3.1. In Deutschland wird bereits mit 4.0 gearbeitet. Wenn die Gemeinde dann fertig wäre, wäre DOCSIS 3.0 bereits veraltet. Der Spezko wurden auch keine Erfahrungen mitgeteilt, ob man überhaupt weiss, wie die Kundenbedürfnisse aussehen. Man weiss, dass es noch diverse ältere Leute gibt, die über Kabel fernsehen für CHF 9.90. Sonst ist nicht viel bekannt. Es stagniert seit Jahren. Die Swisscom macht jedes Jahr eine JAMES-Studie, in welcher sie die Jugendlichen befragt. Sie sind immer auf dem Laufenden, wie die Bedürfnisse ihrer zukünftigen, potenziellen Kunden aussehen. Man muss nicht gleich so weit gehen, aber man sollte wissen, was die Binninger inskünftig wollen, in welche Richtung es geht, bevor man Geld ausgibt und in ein bereits veraltetes System investiert.

Thomas Häfele, FDP hat eine kurze Rückfrage an den Spezko-Präsidenten. Er erwähnte, der Handlungsspielraum des Gemeinderats werde durch den Antrag der FDP eingeschränkt. Der Redner sieht nicht, wie es hier zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums des Gemeinderats kommen könnte und wäre froh um eine kurze Begründung.

Spezko-Präsident Thomas Hafner, CVP antwortet, die Kommission wollte dem Gemeinderat kein Korsett anziehen. Das war eigentlich alles. Er möchte dies so im Raum stehen lassen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erwähnt, es sei richtig, dass die Kundenbedürfnisse nicht im Detail bekannt sind. Aber es geht dort um das «Was?» und nicht um die Menge, die es braucht. Egal was die Kunden möchten, sie brauchen eine gewisse Bandbreite. Zum anderen stellt sie klar, sie habe nicht von DOCSIS 3.0 gesprochen, sondern schon von 3.1. Sie hat einfach nur 3 gesagt. Es ist der Votantin klar, dass man keinen veralteten Standard einführen würde. Der letzte Punkt betrifft die Aussage von Roman

Oberli in Hinblick auf die Investitionen. Es ist richtig und wurde auch klar kommuniziert: Für die Investitionen, die man machen müsste, wenn man sie denn will, müsste ein Finanzierungsmodell erarbeitet werden. Es ändert aber nichts daran, dass dies über eine Spezialfinanzierung läuft und den allgemeinen Haushalt nicht betrifft. Daran ändert sich nichts, auch wenn klar ist, dass diese Finanzierungsstrategie noch erarbeitet werden müsste. Das ist ihr wichtig. Es ändert sich nichts daran, dass es eine Spezialfinanzierung ist und bleibt, ob man es behält, weiterentwickelt oder nicht.

Marc Schinzel, FDP möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der ihm wichtig ist und noch nicht erwähnt wurde. Vielleicht für künftige Kommissionen. Es handelt sich um ein sehr komplexes Reglement. Es ist zwar eine Synopse, aber im Bericht der Kommission sind auf sage und schreibe acht Seiten 11 Zeilen, die mit keinem Wort darauf eingehen, was die wichtigen Punkte der Änderung im Reglement sind. Wo hat man Anpassungen vorgenommen? Es muss nicht alles erwähnt werden, aber man könnte vielleicht drei bis vier Punkte hervorheben. Welche Änderungen sind wirklich zentral? Das wäre schön. Das, was jetzt unter Ziffer 4 im Bericht vorliegt, ist nicht sehr hilfreich beim Lesen. Wenn er dies vergleichen muss, trifft er vielleicht gerade nicht die Punkte, die wichtig sind, oder sieht sie nicht auf Anhieb. Dies wäre eine Empfehlung für spätere Kommissionen.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte klarstellen, nachdem es zweimal von der zuständigen Gemeinderätin in den Raum geworfen wurde, die Spezialfinanzierung ist nicht einfach ein separates «Kässeli». Es ist eine spezielle Buchhaltung innerhalb der Gemeinde. Wenn man ins Kabelnetz investieren möchte – und möglicherweise kommt man durchaus zu diesem Schluss –, dann muss man dies als Gemeinde auch finanzieren können. Wie die Rechnung in der Spezialfinanzierung schlussendlich wieder ausgeglichen wird, ist eine andere Thematik. Aber man kann nicht so tun, als würde das «Spezialkässeli» dies einfach finanzieren. Das ist sicher nicht der Fall. Die Gemeinde muss die Investition finanzieren und erhält das Geld, wenn sie es richtig macht, vielleicht über Gebühren wieder zurück. Das Geld muss aber trotzdem da sein. Eine Anmerkung sei ihm an dieser Stelle noch erlaubt. In den 180 Mio. Franken, die der Gemeinderat dem Parlament in Aussicht stellt, sind die zweistelligen Millionenbeträge, von welchen im Zusammenhang mit dem Glasfaserausbau gesprochen wird, noch nicht inbegriffen. Er bittet auch der Redlichkeit halber, dies klarzustellen.

DETAILBERATUNG

§ 1 Zweck und Geltungsbereich

Keine Wortmeldung.

§ 2 Begriffe

Keine Wortmeldung.

§ 3 Organisation

Keine Wortmeldung.

§ 4 Signallieferung

Keine Wortmeldung.

§ 5 Technischer Netzausbau

Keine Wortmeldung.

§ 6 Ausserordentliche Netzerweiterung ausserhalb der Bauzone

Keine Wortmeldung.

§ 7 Anschluss von Nachbargemeinden

Keine Wortmeldung.

§ 8 Integration von fremden Kabelnetzen

Keine Wortmeldung.

§ 9 Integration in fremde Kabelnetze

Keine Wortmeldung.

§ 10 Hausanschluss

Keine Wortmeldung.

§ 11 Glasfaser

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, zu § 11 liege ein Änderungsantrag der FDP vor. Dieser lautet: «§ 11 Abs. 3: Ist eine wirtschaftliche Erschliessung einer Liegenschaft mit Glasfaser nicht möglich oder aus technischen Gründen nicht sinnvoll, so kann die Gemeinde: a) anstelle einer Erschliessung mit Glasfaser nur eine Erschliessung mit konventionellen Kupferleitern anbieten, oder b) die Erschliessung mit Glasfaser aufschieben bis eine wirtschaftliche Erschliessung mit Glasfaser möglich ist, z.B. bis weitere benachbarte Liegenschaften ebenfalls erschlossen werden sollen.»

ABSTIMMUNG

Antrag Spezko: 15 JA

Antrag FDP: 17 JA

keine Enthaltungen. (Abstimmung 13)

://: Der Antrag der FDP wird angenommen. § 11 Abs. 3 wird wie folgt angepasst:

Ist eine wirtschaftliche Erschliessung einer Liegenschaft mit Glasfaser nicht möglich oder aus technischen Gründen nicht sinnvoll, so kann die Gemeinde:

a) anstelle einer Erschliessung mit Glasfaser nur eine Erschliessung mit konventionellen Kupferleitern anbieten, oder

b) die Erschliessung mit Glasfaser aufschieben bis eine wirtschaftliche Erschliessung mit Glasfaser möglich ist, z.B. bis weitere benachbarte Liegenschaften ebenfalls erschlossen werden sollen.

§ 12 Anschlussstelle

Keine Wortmeldung.

§ 13 Hausinstallation

Keine Wortmeldung.

§ 14 Erweiterungen oder Änderungen an der bestehenden Hausinstallation

Keine Wortmeldung.

§ 15 Durchleitungsrechte

Keine Wortmeldung.

§ 16 Duldung von Installationen

Keine Wortmeldung.

§ 17 Plomben

Keine Wortmeldung.

§ 18 Zutrittsrecht und Kontrollen

Keine Wortmeldung.

§ 19 Kündigung und Plombierung

Keine Wortmeldung.

§ 20 Finanzierungsgrundsatz

Keine Wortmeldung.

§ 21 Kostendeckung

Keine Wortmeldung.

§ 22 Anschlussgebühr

Keine Wortmeldung.

§ 23 Benutzungsgebühren

Keine Wortmeldung.

§ 24 Strafbestimmungen

Keine Wortmeldung.

§ 25 Plombierung des Anschlusses und Einstellung der Signallieferung

Keine Wortmeldung.

§ 26 Hinterzogene Gebühren

Keine Wortmeldung.

§ 27 Beseitigungsverfügung

Keine Wortmeldung.

§ 28 Ersatzvornahme

Keine Wortmeldung.

§ 29 Schadenersatz

Keine Wortmeldung.

§ 30 Datenschutz

Keine Wortmeldung.

§ 31 Rechtsschutz

Keine Wortmeldung.

§ 32 Vollzug

Keine Wortmeldung.

§ 33 Übergangsbestimmungen

Keine Wortmeldung.

§ 34 Aufhebung bisherigen Rechts

Keine Wortmeldung.

§ 35 Inkraftsetzung

Keine Wortmeldung.

Thomas Häfele, FDP stellt den Antrag auf Verzicht auf eine 2. Lesung.

ABSTIMMUNG

Der Präsident erklärt, um auf eine 2. Lesung zu verzichten, braucht es eine Zweidrittelmehrheit.

Verzicht auf 2. Lesung: 29 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 14)

Genehmigung angepasstes Kabelnetzreglement: 30 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 15)

Angepasster Antrag 2 der Spezko: 31 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 16)

Antrag 3 der Spezko: 27 JA / 5 NEIN (Abstimmung 17)

Zu Antrag 4 liegt dem Präsidenten ein Änderungsantrag der SP vor. Dieser lautet: «Bis zur parlamentarischen Beratung der Strategie soll der Gemeinderat keine Vorlagen für neue Investitionen in den Kabelnetzausbau erarbeiten.»

Simone Abt, SP erklärt, der Fraktion ging es beim Antrag um Folgendes: Sie möchte nicht, dass während der Zeit, in welcher die Strategie erarbeitet wird, was nach Binninger Massstab durchaus eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen kann, ein Leistungsabbau auf dem Kabelnetz stattfindet und die Kunden möglicherweise davonrennen und andere Anbieter bevorzugen. Die SP ist der Ansicht, dass die notwendigen Arbeiten und kleine Investitionen zum Erhalt des Status Quo in Bezug auf die Qualität möglich sein und bleiben sollten. Daher dieser Modifikationsvorschlag. Antrag 4 der Spezko wird die Fraktion nur modifiziert gutheissen, ansonsten wird sie ihn ablehnen.

Christoph Daniel Maier, FDP empfiehlt seiner Vorrednerin, den Antrag der Spezko nochmals kurz zu lesen. Es ist die Rede vom Kabelnetzausbau. Das trägt im Wesentlichen dem Bedürfnis Rechnung, dass selbstverständlich der notwendige Unterhalt und allenfalls Ersatz etc. möglich sein müssen. Nur mit dem Zusatz des Wortes «neu» ist noch keine weitere Klarheit geschaffen. Es scheint dem Redner wichtig, dass man, bevor man weitere Investitionen in den Kabelnetzausbau tätig, weiss, wie es eigentlich um die Strategie der Gemeinde steht. Wo will man hin? Das sollte geklärt sein, bevor man Geld ausgibt und nachher feststellen muss, dass man in die andere Richtung hätte gehen sollen und wollen.

Eventualabstimmung Antrag Spezko vs. Antrag SP (Abstimmung 18):

Antrag 4 der Spezko: 24 JA

Antrag der SP: 7 JA

://: Der Antrag 4 der Spezko obsiegt.

Antrag 4 der Spezko: 24 JA / 7 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 19)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst, auf eine 2. Lesung zu verzichten.

://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst das angepasste Kabelnetzreglement.

://: 3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das neue Kabelnetzreglement nach der Genehmigung durch die Bau- und Umweltschutzdirektion in Kraft zu setzen.

://: 4. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, eine umfassende Strategie für das Kabelnetz gemäss den Empfehlungen des Berichts der Spezialkommission zu erarbeiten und diese dem Einwohnerrat vorzulegen.

://: 5. Bis zur parlamentarischen Beratung der Strategie soll der Gemeinderat keine Investitionsvorlage für den Kabelnetzausbau erarbeiten.

Traktanden 7 - 12

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Nr. 71

Dringliche interfraktionelle Motion: Neuer Plakatierungsprozess bei Wahlen und Abstimmungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne äussert, nicht nur die kurze Frist und die unflexible Dienstleistung sind den Grünen ein Dorn im Auge, sondern auch der unökologische Ablauf. Die Vereine, Parteien und Institutionen liefern Plakate an die Gemeindeverwaltung Binningen. Diese schickt die Plakate nach Bern zur APG, von dort kommen sie wieder zurück nach Binningen und werden aufgehängt. Natürlich wird das Ganze nicht mit dem Fahrrad von Bern nach Binningen geliefert, sondern der Transport findet wahrscheinlich mit einem Benzin-betriebenen Fahrzeug statt. Vor der Zentralisierung in Bern wurde dies im Gellert erledigt und die Kunden – und der Kunde sollte ja König sein – konnten das Material auch einmal direkt vorbeibringen. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat, dass er sich auch diesem Punkt aufmerksam widmet. Die Basler haben bei der neuen Ausschreibung im Übrigen auch gleich die Zukunft gelegt. Ein Teil der Standorte wurden in digitale Plakate umgewandelt. Die digitalen Stelen könnten z.T. auch in Binningen einige Vorteile aufweisen. So kann die Verwaltung innert kürzester Zeit wichtige Informationen aufschalten. Gerade jetzt während der Covid-Zeit wäre dies das eine oder andere Mal sicher hilfreich gewesen. Es könnten Mehreinnahmen generiert werden, indem mehrere, verschiedene Plakate am gleichen Standort alternierend durchlaufen. Die Grünen/EVP bitten den Gemeinderat, sich bei dieser Gelegenheit auch diesem Punkt zu widmen und sich etwas zu überlegen.

Die 40 gemeindeeigenen Plakatständer müssten auch nicht an allen bisherigen Plätzen stehen. So wie sich die Gemeinde verändert, kann es durchaus sein, dass die Standortwahl einmal überprüft werden müsste. Wie viele und was (Papier, digital) braucht es wo? Auch zu diesem Punkt sollte sich der Gemeinderat vielleicht einmal Gedanken machen. Die Fraktion empfiehlt dem Gemeinderat zudem, die Bevölkerung, Parteien und Institutionen zu einer Mitwirkung resp. Vernehmlassung einzuladen. Die Verwaltung hat mitgeteilt, die Kosteneinsparung wie auch die Verkürzung der Vorlaufzeiten seien vernachlässigbar. Die Grünen/EVP teilt diese Meinung nicht. Der gesparte Umweg über Bern macht dies alleweil wieder wett. Mit zwei Abstimmungen im September sind höchstens vier unterschiedliche Plakate, d.h. je zwei Pro und Contra, zu erwarten. Kurzfristig fordert die Fraktion den Gemeinderat daher auf, die Plakatierung für die September- und Novemberabstimmung durch den Werkhof mit den gemeindeeigenen Plakatständern durchzuführen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erläutert, seit ca. einem Jahr besteht zwischen der Gemeinde und den Parteien eine Kommunikation resp. ein Austausch zum Thema Plakatierung. Im letzten Herbst wurde den Parteien in einem Katalog aufgezeigt, welche Möglichkeiten es gibt und wo die Gemeinde Ideen hätte. Dies nicht nur in Hinblick auf die Sorgen und Anliegen im Zusammenhang mit dem Zeitpunkt, wann die Plakate abgegeben werden müssen, damit sie nachher aufgehängt werden können, sondern auch hinsichtlich der grundsätzlichen Frage: Ist das Plakatieren in der heutigen Form die einzige oder gar die richtige Form? Den Parteien gegenüber wurde auch aufgezeigt, dass man mit dem Versuch einer digitalen Lösung unterwegs ist und es eine Übergangslösung braucht. Wenn man als Gemeinde selbst in die digitale Plakatierung in der entsprechenden Dichte einsteigen möchte und dies alleine und selbst finanzieren muss, dann ist es doch ein grosser Brocken. Die heutige Ausgangslage ist so, dass die Gemeinde ergänzend zu den Mehrfachplakatständern die Trapezständer der APG gratis zur Verfügung gestellt erhält. Auf diesen können Plakate aufgezogen werden.

Der Diskussionsanstoß hat sich v.a. über den Zeitpunkt ergeben, wann man eine Rückmeldung geben muss, ob man ein Plakat bringen möchte, bzw. dem Datum, wann das Plakat abgeliefert werden muss. Die Lösung, die beschrieben und an die Gemeinde herangetragen wurde, um Zeit zu gewinnen, war das Modell von Allschwil, dass die Verwaltung die abgegebenen Plakate auf den entsprechenden Ständern aufzieht. Die Gemeinde informierte die Parteien, dass es auf der einen Seite keine Fachleute auf der Verwaltung gibt, die Plakate aufziehen können. Das kann geändert werden. Es müsste einfach jemand in eine entsprechende Ausbildung geschickt werden, damit dies einigermassen sauber daher kommt. Was aber viel wichtiger ist: Die Umsetzung dieser Lösung ist mit einer Investition verbunden. Wenn die Gemeinde die Plakatierung selbst machen würde, ginge es ihr wie der Gemeinde Allschwil. Allschwil musste bei der Umstellung Plakatständer in der entsprechenden Anzahl und Menge einkaufen. Die Verwaltung hat den Parteien ausgerechnet, dass die Anschaffung der heute zur Verfügung gestellten Ständer der APG mit einer Investition von 60 000 bis 100 000 Franken verbunden wäre. Zudem muss eine Lösung gefunden werden, um die eigenen Ständer an einem Ort lagern zu können.

Dem Votanten ist aus dieser dringlichen Motion nicht ganz klar, was der Gemeinderat nun machen soll. Er hat heute Abend gehört, dass man bereits für die Septemberabstimmung mit eigenen Möglichkeiten bereit sein soll. Es wird alles Mögliche getan, aber die Gemeinde ist heute nicht in der Lage, dies selbst zu machen. Wenn es so zu verstehen ist, dass es der Gemeinde überlassen ist, ob sie es selbst macht oder einen Tapezierer holt und es einfach darum geht, dass das Ganze nicht über die APG laufen soll mit dem Ziel, dass die Parteien die Plakate ein bis zwei Wochen später abgeben können, dann wäre er froh um diese Rückmeldung. Das Zweite sind die Anzahl Plakatständer. Die Gemeinde besitzt Mehrfachplakatständer, die sie für Wahlen und Abstimmungen einsetzen kann, und Einzelplakatständer. Die Einzelplakatständer sind im ganzjährlichen Einsatz für verschiedene Nutzungen und zumindest kurzfristig auf September hin nicht einzubeziehen für die Plakatierung der Abstimmung. Der Gemeindepräsident ist der Meinung, wenn man wirklich eine solche Aktion starten möchte, dass es die Gemeinde selbst macht, sollte das Parlament über die Investition befinden. Dafür braucht es eine entsprechende Ausleageordnung. Das heisst, dem Rat muss aufgezeigt werden: Welche Möglichkeiten gibt es? Wie viele Plakatstellen würde das bedeuten und wie soll dies umgesetzt werden? Der Rede kurzer Sinn: Der Redner wäre sehr dankbar, wenn er noch etwas detaillierter wüsste, was der Gemeinderat jetzt machen soll.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP führt aus, das Geschäftsreglement des Einwohnerrats sehe vor, dass der Gemeinderat bei einer dringlichen Motion kurz begründet, was er davon hält und dem Einwohnerrat Antrag stellt, die Motion zu überweisen oder nicht zu überweisen. Wie soll das Votum des Gemeindepräsidenten gedeutet werden?

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP ist aus der Grundlage nicht klar – er hat im Vorfeld auch versucht, dies mit den Motionären auszutauschen –, rein vom schriftlich eingereichten Vorstoss ist es keine Motion sondern ein Postulat. Er versteht das Bedürfnis und möchte diesem auch gerne nachkommen. Daher möchte er nicht sagen, dass es der Gemeinderat, egal als welche Art Vorstoss es überwiesen wird, ab-

lehnt. Aber so wie es eingereicht wurde, erwartet der Rat vom Gemeinderat einen Bericht, in welchem Kosten und Lösungen aufgezeigt werden, und darüber möchte er befinden. Bei einer Motion ist der weitere Ablauf eigentlich anders angedacht. Er sagt grundsätzlich Ja. Der Gemeinderat möchte dem Vorstoss auf jeden Fall entgegen kommen, aber rein inhaltlich ist es ein Postulat und keine Motion.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 29 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 71)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP muss trotzdem nochmals nachfragen. Ist die Idee, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen derartigen Bericht vorlegt? Nur damit er dies richtig versteht. Dann bringt der Gemeinderat auf die Einwohnerratssitzung Ende August einen solchen Bericht, der auf der einen Seite die Lösung und auf der anderen Seite die Kosten enthält und darüber kann das Parlament befinden. Ist das korrekt?

Der Präsident schlägt vor, dass die fünf Personen, die die Motion unterzeichnet haben, mit dem Gemeindepräsidenten konferenziell klären, was genau erwartet wird.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP tut es leid, aber das kann man nicht machen. Der Auftrag muss im Protokoll stehen. Er hat vorhin darauf hingewiesen, dass, wenn man den Vorstoss liest, es keine Motion sondern ein Postulat ist. Er möchte lediglich wissen: Ist es korrekt, dass der Gemeinderat in der Augustsitzung einen solchen Bericht bringt, der Konzept und Kosten enthält?

Präsident Stephan Appenzeller, SP möchte die Diskussion wirklich abbrechen. Die Abstimmung ist erfolgt. Der Antrag ist genau formuliert und muss ins Protokoll aufgenommen werden. Das ist der Auftrag an den Gemeinderat. Er möchte keine Arbeitsgruppensitzung machen, sondern das Thema abschliessen.

Thomas Hafner, CVP findet, man könnte nun klar sagen, dass das Parlament einen schriftlichen Bericht möchte. Ob man diese Ständer dann mietet oder kauft, ist eine andere Sache. Seiner Ansicht nach müssten sie nicht gekauft werden. Aber ein Bericht wird gewünscht.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP bittet darum, realistisch zu sein. Wenn nun nach der Abstimmung am Antrag herumgeschraubt wird, dann muss eine einstündige Debatte darüber geführt werden, was genau gemeint ist. Dann braucht er neue Anträge und zuallererst einen Rückkommensantrag auf den hier im Saal rechtgültig beschlossenen Antrag. Wenn niemand einen Rückkommensantrag stellt, dann ist das Thema abgeschlossen und behandelt. Er bittet, dies zu respektieren.

Barbara Fankhauser, SVP stellt einen Rückkommensantrag. Zudem würde sie interessieren, ob die Motion, die man eigentlich hätte überweisen wollen, jetzt noch in ein Postulat umgewandelt werden kann. Geht das in dieser Konstellation? Dann würde sie dieses Vorgehen vorschlagen.

ABSTIMMUNG

Rückkommen: 7 JA / 21 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 21)

://: Rückkommen wird abgelehnt.

Traktandum 13

Diversa

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP hat zum Schluss noch drei Mitteilungen. Leider wurde es etwas später als erhofft. Trotzdem würde er sich freuen, wenn die Anwesenden noch zum angekündigten Apéro im Baselbieter mitkommen würden. Zum Einwohnerratsausflug: Die Ratsmitglieder erhielten vor ca. einer Woche die Einladung. Es wird ein super spannendes Programm geben. Nach alter Tradition wird noch nicht jedes Detail verraten. Die in der Einladung enthaltenen Informationen lassen aber Spekulationen zu und offen, welche sicherlich nicht falsch sind. Es liegt von knapp der Hälfte der Anwesenden eine Rückmeldung vor. Der Votant bittet die restlichen Eingeladenen, dies noch bis Ende Woche nachzuholen, damit er die Personen, welche den Rat am 28. August empfangen werden, frühzeitig informieren kann. Selbstverständlich kann man sich auch später noch anmelden, wenn sich die persönliche Agenda kurzfristig ändert. Über spätere Abmeldungen freut er sich natürlich nicht so sehr.

Bevor er das Wort dem Vizepräsidenten übergibt, möchte der Präsident Anina Weber nach vorne bitten. Sie hat heute ihre letzte Sitzung im Einwohnerrat, was er sehr bedauert. Es war eine kurze Karriere im Parlament. Anina Weber wurde vor einem Jahr gewählt und war damit genau ein Jahr Ratsmitglied. Der Redner würde sie als hoffnungsvolle Kraft beschreiben, die u.a. mit ihrer Sachkompetenz in juristischen Governance-Fragen die Fraktion wie auch das Gesamtplenum bereichern konnte. Leider zieht sie weg. Nicht nur in eine andere Gemeinde, sondern *horribile dictu* in einen anderen Kanton, in welchem nicht nur die Liegenschaften günstiger sind sondern auch die Steuern. Damit muss man leben. Der Präsident möchte Anina Weber an dieser Stelle ganz herzlich danken, dass sie im Einwohnerrat dabei war und freut sich sehr, dass sie am Einwohnerratsausflug auch nochmals anwesend sein wird. *[Applaus]*

Vizepräsident Sven Inäbnit, FDP findet es seltsam, nach einem Jahr «Maulkorb» das Wort wieder einmal ergreifen zu dürfen. Aber die Gelegenheit heute ist dringlich. Stephan Appenzeller hat bei der damaligen Verabschiedung seiner Vorgängerin Susanna Keller ganz akribisch aufgelistet, dass sie in den Sitzungen im 24 Minuten-Takt Geschäfte erledigt hat. Er hat es sich erspart, diese Statistik für den amtierenden Ratspräsidenten auszurechnen. Sein Bauchgefühl sagt dem Votanten aber, dass er in diesem Präsidentschaftsjahr sicherlich ähnlich gut oder sogar noch effektiver abgeschlossen und die Effizienz geprägt hat. Souverän und ruhig, mit der nötigen Prise Humor hat Stephan Appenzeller die ratsführungsmässigen Aufgaben gemeistert und sich von unerwarteten Unter-Unter-Anträgen und Eventualabstimmungen nicht aus der Ruhe bringen lassen. Dies inkl. der konstituierenden Sitzung an insgesamt 9 Sitzungen. Das ist eine mehr, als es sonst üblich ist. Mit starker Hand, aber diskret hat er den Rat geführt. Wie alle Vorgänger wurde er dem Redewillen der Parlamentarier, aus beiden Spektren notabene, aber nicht immer Herr. Dafür ist an ihm der Kelch eines Stichentscheids vorbeigegangen. Etwas, das nicht immer der Fall ist. Damit wird er sicher als einer der neutralsten Präsidenten in die Geschichte Binningens eingehen.

Im Interview mit dem Binninger Anzeiger vor einem Jahr hat Stephan Appenzeller auch mit Respekt von den zahlreichen Repräsentationsaufgaben gesprochen. Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Corona hat ihm da einen grossen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Redner ist sich aber sicher, Stephan Appenzeller hätte Binningen, wenn es mehr Gelegenheiten gegeben hätte, exzellent repräsentiert. Er hat nämlich in seiner Antrittsrede hier im Rat klar darauf hingewiesen, dass er in diesem Amt zwei Jobs haben wird. Erstens die Leitung der Sitzungen – das konnten die Anwesenden haut-

nah mitverfolgen – und zweitens das Repräsentieren. Das erste wird der scheidende Präsident wohl kaum gross vermissen. Er kann nun wieder zurück in seine Fraktion und sich den vollen politischen Prozessen widmen ohne «Maulkorb», wie man ihn hier auf dem Podium für ein resp. zwei Jahre erlebt. Der Votant muss sich noch ein Jahr länger gedulden. Für den zweiten Job kommt er gerne auf das Angebot oder den Willen von Stephan Appenzeller zurück, Binningen zu repräsentieren. Wenn die Anlässe so zahlreich sein sollten, dass weder er noch die Vizepräsidentin dem Herr werden würden, wird er gerne auf den Alt-Einwohnerratspräsidenten zurückgreifen. Im Namen des Einwohnerrats und sicherlich auch im Namen des Gemeinderats, der Verwaltung und last but not least aller Binninger Einwohner und Einwohnerinnen dankt er Stephan Appenzeller ganz herzlich für sein Engagement und wünscht ihm im Namen aller einen politisch erholsamen Sommer. *[Applaus]*

Präsident Stephan Appenzeller, SP dankt seinem Vorredner für die Worte. Zum Glück hat er keine Statistik erstellt, denn man müsste fairerweise sagen, Corona hat zur Effizienzsteigerung beigetragen. Vor allem im Winter als die Maskenpflicht kam, hat die Redelust im Rat enorm abgenommen. Er hatte das Gefühl, insbesondere mittelbrisanter resp. mittelumstrittener Geschäfte wurden in einem Rekordtempo abgehandelt, weil niemand Freude an diesem «Maulkorb» hatte. In den letzten beiden Sitzungen, im Ausblick der Lockerungen, begann der Rat wieder zu alter Frische zurückzukehren und erlaubte sich auch wieder die eine oder andere Ineffizienz. Das findet der Redner gut. Es gehört zur Politik. Politik darf nicht immer nur effizient, schlank und stromlinienförmig sein. Es braucht Ecken und Kanten und auch manchmal ein Votum zu viel, um auszudrücken, wie wichtig einem etwas ist. In der Wiederholung von Kernbotschaften wird auch ausgedrückt, dass etwas wirklich ernst und wichtig gemeint ist.

Die angesprochene Situation mit den Auftritten hat der Redner wirklich bedauert. Er war im Sommer am Schreiben einer Rede für die 1. August-Feier. Er hätte nie gedacht, dass er einmal eine 1. August-Rede halten wird mit patriotischen Worten. Die Feier wurde dann leider abgesagt und alles andere wurde später auch abgesagt. Er steht gerne zur Verfügung, wenn es nötig sein sollte. Sein Nachfolger wird dies aber sicherlich auch gut machen. Dem Redner scheint es fast der spannendere Teil. Es ist der Teil am Einwohnerratspräsidentenamt, bei welchem man einen anderen Akzent setzen kann, als hier im Saal lediglich den grossen Dompteur zu spielen, was die Anwesenden ihm ja auch leicht gemacht haben. In diesem Sinn auch ein herzliches Dankeschön ans Plenum, dass es seine Vorschläge, wie man ein Geschäft behandeln sollte, für gut befunden hat und die Redezeiten auch meistens eingehalten wurden. Er musste extrem selten eingreifen. Das entspricht auch seinem Naturell. Wenn ein Votum wichtig ist, lässt er es auch gerne einmal etwas länger laufen als stur nach zwei Minuten abzuklemmen. Schlussendlich geht es um die Qualität der politischen Debatte. Dieser möchte er Raum geben.

Er dankt dem Plenum, aber auch dem Gemeinderat, der Verwaltung, Linda Gerstner und Christian Häfelfinger, die ihn immer sehr unterstützt haben, wenn er etwas wissen musste oder eine Idee für eine Abklärung hatte. So macht das Amt auch Spass. Im Speziellen dankt er seinem Vizepräsidenten für die diskreten Einwürfe, dies oder jedes müsste man vielleicht nochmals etwas anders aufgleisen. Es war ein gutes Jahr, es war ein extrem spezielles Jahr und er hofft, Sven Inäbnit wird ein normaleres Jahr erleben. In diesem Sinn beendet er die Sitzung um 22.31 Uhr und bittet die Anwesenden, schnell zum Apéro zu dislozieren. Die nächste Sitzung findet am 30. August 2021, um 19.30 Uhr statt. *[Applaus]*

